Angehörigen Info

C 10190 9.6.2000 Preis: 3,00 DM 234

Herausgegeben von Angehörigen, Freunden und Freundinnen politischer Gefangener in der BRD



Letzte Woche habe ich aus eurem Info erfahren, dass Nuh Washington tot ist. Ich war entsetzt und traurig, und bin es immer noch. Vor Jahren habe ich einen Text von Nuh übersetzt, den ich nie vergessen habe. Es ist ein Bericht zu seiner politischen Geschichte und seinem Leben als Gefangener, knapp und konzentriert. Beim Übersetzen damals hatte ich ein Gefühl, wie ihn kennenzulernen. Vieles in seinen Worten und Empfindungen war mir vertraut und manchmal wie eine Antwort auf meine eigenen Gedanken.

Mit den Gefangenen in den USA hat uns immer viel verbunden. In den Jahren im Knast haben wir uns geschrieben, Freundschaften haben sich entwickelt. Nach unseren Möglichkeiten haben wir auch zusammen gehandelt und uns gegenseitig unterstützt, im Hungerstreik 89 und im langen Kampf um Mumias Leben und die Freiheit von allen. Nuh war immer dabei, solidarisch, dem Leben zugewandt.

Ich schicke euch hier den Text, druckt ihn bitte ab und kürzt nichts. Lest, was Nuh sagt. Für mich ist dieser Text wie ein Freund; er hat mir damals, in einer trüben Zeit für uns, wieder gezeigt, was wirklich zählt im Leben.

Brigitte Mohnhaupt

Weitere Themen in dieser Ausgabe:

New Afrikan Prisoner of War – Albert „Nuh" Washington spricht

Mein Name ist Albert Washington. Ich werde Nuh (Noah) genannt und bin einer der am längsten in Haft gehaltenen politischen Gefangenen im Land.

Als Mitglied der Black Panther Party während der 60er Jahre habe ich daran mitgearbeitet, das politische Bewusstsein afrikanisch-amerikanischer Menschen aufzuwecken und sie Methoden der Selbstverteidigung zu lehren. Durch die Cointelpro-Operationen der Regierung gegen uns wurden viele Panthers getötet oder mit falschen Anklagen in den Knast gebracht und eine Situation geschaffen, die zu Spaltungen in der BPP führte. Das zwang viele von uns, in den Untergrund zu gehen, um zu überleben und gleichzeitig unsere Arbeit weitermachen zu können. In der Illegalität wurden wir die Black Liberation Army (BLA) und verstärkten unsere Anstrengungen, dem Angriff der Polizei auf unsere Community ein Ende zu setzen.

Bei der Verteidigung der Community in San Francisco wurde ich angeschossen und zusammen mit Jalil Abdul Muntaquin (Sklavenname Anthony Bottom) verhaftet. Später wurde ich beschuldigt, mit Jalil und dem BLA-Mitglied Herman Bell zwei New Yorker Cops erschossen zu haben. Zusammen wurden wir bekannt als die „New York 3". In einem zweiten Prozess (im ersten Anlauf des Staats hatte sich die Jury geweigert, uns zu verurteilen) wurden wir schuldig gesprochen und zu lebenslangem Knast verurteilt.



Vor kurzem wurde ich nach Wende verlegt, einem Knast in Alden, Staat New York – mehr als 400 Meilen von New York entfernt; eine Maßnahme, um mich von meiner Familie, Freunden und Gefangenen zu isolieren, mit denen ich enge und vertrauensvolle Beziehungen aufgebaut habe. Es wurde angeordnet, mich in eine Einheit mit 42 anderen Gefangenen zu bringen. Sie wird das „White House" genannt, weil fast alle Kaukasier sind. Dieser Ort hat einen dreifachen Zaun, Sensoren und Kameras, die uns 24 Stunden am Tag überwachen. Jede Bewegung wird kontrolliert, meine mehr als die von anderen. Die meiste Zeit werde ich in der Zelle gehalten, wo ich zweieinhalb Schritte in jede Richtung gehen kann. Auf dem Korridor ist permanent das Licht an, so dass meine Zelle niemals dunkel ist.

Wende ist der einzige vom

Staat New York unterhaltene Knast, wo deine Familie und Freunde dir keine Kleidung, Essen oder sonst etwas mitbringen dürfen, das die Bedingungen ein bisschen erleichtert. Familienzusammenführungsbesuche sind für mich nicht erlaubt, weil ich, wie sie sagen, ein extremes „Ausbruchsrisiko darstelle. Weder bin ich jemals aus dem Knast ausgebrochen, noch gibt es greifbare Beweise, dass ich eine Flucht versucht hätte. Unterdessen bekommen Gefangene, die tatsächlich einmal oder öfters abgehauen sind, eben solche Besuche, wie sie bei mir verweigert werden. Es ist jetzt viel schwerer für meine Mutter, mich zu besuchen, als zu irgendeinem Zeitpunkt, seit ich im Knast bin. Ich habe meine Frau nicht umarmen können seit einer langen, langen Zeit.

Die Situation spricht für sich selbst.

Der Staat hat zugegeben, dass ich keine der Taten begangen habe, für die ich im Knast sitze. Jedoch, so wird argumentiert, habe ich als erklärtes Mitglied der BLA politische Erziehung unterrichtet und deswegen sei es „angemessen", dass ich weiter im Knast bleibe unter größtmöglichen Sicherheitsmaßnahmen. Ich bin im Knast, nicht weil ich Polizisten getötet habe oder weil irgendein Regierungsbeamter das ernsthaft glaubt, sondern weil ich mich gegen Rassismus und Unterdrückung in den USA engagiert habe, und weil ich Mitglied von Organisationen war, die wirkungsvoll waren im Kampf gegen diesen Rassismus und diese Unterdrückung. Das macht mich zum politischen Gefangenen, klar und einfach. Und ich bin ein Kriegsgefangener, aus dem kriegerischen Charakter der Aggression, die gegen die New Afrikans von der Regierung und anderen Formationen geführt wird, die an die Überlegenheit der weißen Rasse glauben.

Am Ende kann ich über mich sagen, ohne Zögern und Zweifel: meine Eltern haben mir Liebe gegeben, und ich wiederum habe versucht, den Menschen um mich herum Liebe zu geben. Meine Familie hat mir Werte nahegebracht und einen Sinn für Stolz auf mich, meine Community, mein Erbe und mein Volk. Sie waren immer da für mich, und ich habe mein Bestes versucht, genauso unerschütterlich für andere da zu sein, die nicht so viel Glück hatten wie ich in dieser Beziehung.

21 Jahre Gefangener – und die Erinnerung an die Verbundenheit mit dem Volk bringt immer noch ein Lächeln auf mein Gesicht. Das ist etwas, das ich immer mit anderen Gefangenen zu teilen versucht habe, besonders mit denen, die nie eine Möglichkeit hatten, ihr politisches Bewusstsein zu entwickeln. Die BPP wurde physisch zerstört, aber ihr Geist lebt weiter in vielen von uns.

Gerade vor kurzem hat mich ein Bruder nach den Zielen und Prinzipien der Partei gefragt, und nicht nur wenige wünschen, wieder Teil davon zu sein. Das ist nicht einfach der Wunsch von Militanz von unserer Seite, sondern der Wunsch, wieder (oder immer noch) die Verwirklichung der Vorstellung von Einheit, Bewegung und Liebe zu erleben, die die Partei verkörperte. Dass der Geist der Partei lebendig bleibt und wieder stärker zu werden scheint, nach all der Zeit und all dem Schmerz, das kann nur sein, weil die Dinge, die sie – und wir, die ihr angehörten – wollten, richtig waren und immer noch richtig sind.

Es ist wenig von mir selbst hier in diesen Worten, und doch ist es auf eine Weise alles von mir. Ich würde gern nachts einen Spaziergang machen und meine Liebste in den Armen halten. Ich würde mich gern in ein Lokal setzen zu einem guten Essen und einen ruhigen Nachtschlaf haben. Ich würde gern das Licht ein- und ausschalten können, wann ich will, Bäume sehen, ein Auto fahren, all die Dinge tun, die die Menschen als selbstverständlich nehmen in der sogenannten Freiheit.

Nicht in der Lage zu sein, besondere Momente zu erleben und zu teilen mit jemand anderem, zwingt einen zur Verallgemeinerung. Ich sage mir selbst, es geht mir noch gut, aber wem kann es gut gehen unter Bedingungen, die ständig schlechter werden, niemals besser?

Immer noch bestimme ich über meine Politik, über mein Verständnis der Entwicklung, die das mit mir gemacht hat und mit so vielen anderen, die die Besten meiner Generation waren und sind, und mit den Generationen vor und nach meiner eigenen. Ich begreife die Realität und Notwendigkeit des Kampfs, von dem ich Teil war, Teil bin und weiter Teil sein werde bis zu meinem letzten Atemzug. Ich kann immer noch lachen und ich liebe noch immer, also ist der Schaden nicht so groß, wie man erwarten könnte (oder meine Feinde vielleicht hoffen).

All power to the people.

(Übersetzung aus Cages of Steel, USA 1992)

Dringende Aktion
STOPPT DI

aus Revolutionary Wrker #1057, 4.Juni 2000

„Nun, da mein 36.Geburtstag näher rückt, sitze ich in dieser elendigen Gefängniszelle im Todestrakt in Texas und reflektiere die 18 Jahre meiner Gefangenschaft. Es ist eine alptraumhafte Prüfung gewesen, die ich unter horrenden Bedingungen aushalten musste. Ich denke an meinen Sohn und meine Tochter, welche viele Härten ohne mich durchstehen mussten. Und im Laufe der Zeit sind meine wundervollen Kinder zu jungen Erwachsenen herangewachsen und meine entzückende Tochter brachte vor kurzem mein erstes goldiges Enkelkind zur Welt. Ich denke an den Tod meiner geliebten Mutter 1989 und den tragischen Tod meines Vaters 1996. Und ich erinnere mich, dass die Gefängnisbehörden mir die Teilnahme an den Beerdigungen meiner Eltern nicht gestatteten, und ich merke, dass ich meinen Schmerz darüber gar nicht mit Worten beschreiben kann. Ich denke an die vielen unglücklichen Opfer sinnloser Gewalt in unserer Gesellschaft, und ich denke an ihre Witwen und Waisen, ihre Familien und ihre FreundInnen, ihre Väter und Mütter, die um sie getrauert und geweint haben. Ich denke an die Menschen, die im Kampf für Freiheit und Befreiung gestorben sind, und an diejenigen, die sich geopfert haben und gekämpft haben für Gerechtigkeit. Ich denke an die weltweite Aufmerksamkeit, welche mit Hilfe meines eigenen Leidens auf den Völkermord und die Unterdrückungsbedingungen von Millionen meiner unter-



Gesehen auf der bundesweiten Mumia-Demonstration im August 1995 in Berlin

en zur Rettung des Lebens von Shaka Sankofa

E HINRICHTUNG AM 22. JUNI

drückten Schwestern und Brüder gelenkt wurde. Und ich denke daran, wie mein eigener Fall zum Symbol geworden ist für den Rassismus und die Brutalität, welche gegen arme Menschen und Minderheiten in Amerika ausgeübt wird.

Aber mein Widerstandswille wird niemals von dieser rassistischen Ungerechtigkeit und der politischen Unterdrückung gebrochen werden. Ich werde niemals aufhören für Freiheit und die nationale Befreiung meines unterdrückten Volkes zu kämpfen ..." Shaka Sankofa (Gary Graham), aus einem Brief von 1999.

Shaka Sankofa hat mehr als die Hälfte seiner 36 Jahre in der Todeszelle verbracht. Im Alter von 17 Jahren wurde Shaka (damals noch unter dem Namen Gary Graham bekannt) fälschlicherweise wegen des Mordes an einem Weißen in Houston verurteilt. Nun, nachdem das Oberste Bundesgericht eine erneute Anhörung seines Falles am 1. Mai abgelehnt hat, droht Shaka am 22.Juni die Hinrichtung. Und seine UnterstützerInnnen setzen alles für den Kampf um sein Leben in Bewegung.

Am 26. Mai sprachen Rubin „Hurricane" Carter und der Kongressabgeordnete aus Illinois, Jesse Jackson Jr., auf den Stufen des Capitols in Washington, DC, und forderten ein neues Verfahren für Shaka Sankofa. Carter war selbst 19 Jahre lang inhaftiert, nachdem eine Mordanklage gegen ihn durchgepeitscht worden war; seine Geschichte wird in dem Kinofilm „Hurrican" mit dem Schauspieler Denzel Washington erzählt. Carter stellte fest, dass Shaka San-



kofa „klare Beweise seiner Unschuld" besitze, und forderte: „wir dürfen ihn nicht sterben lassen."

Am Abend des 26. Mai sprach Carter im Rahmen einer Anti-Todesstrafen-Veranstaltung in der Union Temple Baptist Kirche in Washington D.C. Unterstützt wurde das Programm von dem Nationalen Zusammenschluss zur Abschaffung der Todesstrafe in Zusammenarbeit mit Amnesty International, der International Concerned Family and Friends of Mumia Abu-Jamal, dem Zusammenschluss für Gerechtigkeit für Shaka Sankofa/Gary Graham und der DC-Sektion der Nationalen Konferenz Schwarzer RechtsanwältInnen.

Amnesty International USA brachte am 5. Mai ein „Dringlichkeitsbulletin" über Shaka Sankofas Fall heraus. Amnesty vertritt die Position, dass Shakas Todesurteil „illegal ist nach den internationalen Gesetzen, welche die Todesstrafe wegen Verbrechen, welche von Jugendlichen unter 18 begangen werden, verbietet." Das Bulletin verweist aber auch auf die Beweise für die Unschuld von Shaka.

Shakas Rechtsanwälte haben seine Begnadigung beantragt. Der Zusammenschluss für Gerechtigkeit für Shaka Sankofa/Gary Graham ruft dazu auf, den Gouverneur von Texas, Georges W.Bush sowie die Bewährungs- und Begnadigungsstelle von Texas mit Faxen, E-Mails, Telefonanrufen, Briefen zu überfluten, in denen die Begnadigung gefordert wird. (Informationen dazu können unter http://members.xoom.com/ccadp/garygraham.htm abgerufen werden.)

Ein Minister der Nation of Islam, in Houston hat zur Unterstützung von Shaka zum Hungerstreik aufgerufen. Das International Aktionszentrum IAC organisiert „Dringlichkeitstage des Widerstands" vom 16. bis 19.Juni. Es gibt Pläne vom 15. bis 17.Juni vor dem Gebäude der Republikanerpartei in Houston zu protestieren.

Durch ein rassistisches System reingelegt, hat Shaka Sankofa mehr als die Hälfte seines Lebens in der Hölle verbracht, bekannt als der Todestrakt von Texas. Richard Burr, einer von Shakas Anwälten, schrieb dazu: „Gary Grahams Gang in den Todestrakt ist typisch für die Erfahrungen von vielen schwarzen männlichen Jugendlichen, die in dem von Armut betroffenen 5.Bezirk von Houston, Texas und anderen schwarzen städtischen Ghettos aufgewachsen sind."

Leben und Freiheit für Shaka Sankofa (Gary Graham)

von Mumia Abu-Jamal, 5.5.

Im zarten Alter von 17 Jahren wurde ein Jugendlicher namens Gary Graham einer schrecklichen Realität ausgesetzt. Der Staat Texas und der Bezirksstaatsanwalt von Harris sahen in ihm ein weiteres entbehrliches schwarzes Leben; einen schwarzer Jugendlichen, an die Todesmaschinerie zu verfüttern. In einem Mordfall, in dem weder Fingerabdrücke noch ballistische Spuren oder andere verwertbare Schuldnachweise eine Rolle spielten, droht Gary Graham die legale Ermordung.

Über die Hälfte seines Lebens wuchs Gary Graham in der Hölle und Härte der Todeszellen von Texas zu dem Mann heran, der inzwischen als Shaka Sankofa bekannt geworden ist, ein junger Mann, der stark überzeugt ist als individuelle und kollektive Persönlichkeit und von seinem Platz in der Geschichte.

Wenn es ein Verbrechen gibt, weswegen das blutige Texas seinen Tod will, dann besteht es darin: Es ist ein Verbrechen in einer rassistischen Nation als schwarzer Jugendlicher ein Bewusstsein zu haben und in politischen und kollektiven Begriffen zu denken. Für Shaka Sankofas Unschuld ist das nicht genug. Der Staat und die Bundesjustiz haben massenhafte Verfahren in Gang gesetzt, das ist wahr, aber nicht ein Jota von Gerechtigkeit. Sein Leben und das Leben tausender junger Männer und Frauen waren schon bei der Geburt verwirkt, nicht erst vor Gericht. Warum soll es nun vor diesen Berufungsrichtern der Reichen mit den weißen Westen anders sein?

Der Fall Sankofa stellt eine Herausforderung für uns alle dar, nicht nur für jene von uns, die grundsätzlich gegen die Todesstrafe eintreten, auch für jene von uns, die sagen, wir glauben an grundsätzliche Gerechtigkeit und grundlegende Menschenrechte. Nach den Bestimmungen der internationalen Menschenrechtsvereinbarung (welche auch die USA unterzeichnet hat) verstößt die Hinrichtung eines Menschen, weil er als Minderjähriger ein angebliches Verbrechen begangen haben soll, gegen die internationalen Gesetze. Aber das amerikanische Imperium scheißt auf das internationale Gesetz.

Es ist notwendig, unzählige Proteste und hartnäckigen Widerstand gegen die Todesmaschinerie zu mobilisieren, um zu erreichen, was unser unmittelbares Ziel sein muss: das Leben und die Freiheit von Shaka Sankofa. *(SPG)*

Shakas Geschichte sagt eine Menge über die Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung aus und über die ungerechte Todesstrafe in den USA. Und sein Kampf für Gerechtigkeit hat eine breite Unterstützung erfahren, hier und weltweit.

Der Aktivist Danny Glover, einer von Shakas unermüdlichen UnterstützerInnen, erklärte gegenüber der Zeitung US-Today: „Es geht jeden in diesem Land an, dass afroamerikanische männliche Jugendliche von Geburt an kriminalisiert werden. Es geht jeden Amerikaner an, dass an Bildungs-Arbeitsprogrammen für schwarze, junge Männer gespart wird, aber nicht an Gefängnis- und Todesstrafen. Warum sind 73 Prozent derjenigen, welche zum Tode verurteilt wurden, weil sie als Teenager Verbrechen begangen haben, AfroamerikanerInnen oder Latinos? Warum hat die Anhörung von Grahams Fall vor einer rein weißen Jury stattgefunden? Warum sind die Vereinigten Staaten die einzige westliche Industrienation, die in den vergangenen 10 Jahren Jugendliche hinrichten ließ? Was sagt das aus über die fundamentalen Regierungsprinzipien dieses Landes und unsere Bevölkerung, wenn es dort solche Mordgelüste gibt ... Ich verteidige nicht Grahams bewaffneten Raubüberfälle und andere Gewalttaten von 1981 ... Aber gleichzeitig kann ich auch eine Gesellschaft mit ihrem ewigen Rassismus nicht entschuldigen. Und täuschen Sie sich nicht, Graham ist ein Opfer des Rassismus."

Als Teenager geriet Gary Graham in ein Leben von Raubüberfällen. Er wuchs unter schwierigen familiären Umständen auf, und er konnte weder lesen noch schreiben, als er die 7. Schulklasse verlassen musste. Aber der einzige Grund, der Graham 1981 für die Polizei und die Staatsanwaltschaft im Mordfall Bobby Lambert zum „Verdächtigen" machte, war, dass sie glaubten, es wäre einfach, diesen Mord einem dieser schwarzen Jugendlichen anzuhängen.

Lambert war seit langem als Drogendealer bekannt, und der Verdacht liegt nahe, dass er deswegen ermordet wurde - aber die Polizei stellte keinerlei Ermittlungen an, in Richtung einer Verbindung von Drogen mit der Ermordung. Gary Graham passte überhaupt nicht auf die Beschreibung des Schützen, welche die Polizei selbst verteilte.

Die einzige „Augenzeuge" der Anklage hatten damals vor Gericht ausgesagt, dass Graham nicht der Schütze war und gaben eine Beschreibung des Mörders ab, welche nicht zu Grahams körperlichen Merkmalen passte. Grahams Pflichtverteidiger unternahm keinerlei Anstrengungen zu ermitteln oder eine Verteidigung aufzubauen - weil er annahm, dass der junge Mann schuldig war.

In der Todeszelle lernte Gary Graham lesen und schreiben und er bekam ein Abschlusszeugnis (GED). Er entwickelte ein politisches Bewusstsein, erkannte die vielen Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft. Er nahm den Namen Shaka Sankofa an, um seine afrikanischen Ursprünge zum Ausdruck zu bringen. Und er gründete das Endeavor Project, eine Gefangenenaktionsgruppe und -zeitung.

1993 begann ein neues Verteidigungsteam eine Fülle von Beweisen für Shakas Unschuld aufzudecken. Polizeiberichte über die Erschießung von Lambert führten zuletzt sechs Augenzeugen auf, welche nun aussagten, dass Shaka nicht der Mörder gewesen ist. Und schließlich erklärten vier Personen, dass sie Shaka für die Mordnacht ein Alibi bestätigen können. Loretta Lambert, die Witwe von Bobby Lambert, schrieb daraufhin einen Brief an die Gouverneurin von Texas, Richards, „Ich bin daraufhingewiesen worden, dass es Beweise gibt, die möglicherweise ziemliche Zweifel aufwerfen, dass Gary Graham tatsächlich nicht dieses Verbrechen begangen hat ... Ich will nicht die Hinrichtung eines möglicherweise Unschuldiger auf dem Gewissen haben."

Richards räumte ein, dass Shaka Sankofas Fall einer erneuten Betrachtung bedarf, aber sie wurde abgewählt, bevor sie weiteres unternehmen konnte. Shaka hat niemals eine Gelegenheit gehabt, seine zwingenden Beweise vor Gericht zu präsentieren. 1994 beantragten Shakas Anwälte vor dem Bundesberufungsgericht ein neues Verfahren. Zwei Jahre später entschied das Gericht, dass es grundsätzliche Beweise gebe, über die eine neue Anhörung stattfinden müsse - aber sie verwiesen den Fall an die texanischen Gerichte. Das staatliche Gericht lehnte eine Anhörung ab. Shakas Rechtsanwälte gingen erneut vor das Bundesgericht. Aber das Bundesgericht entschied, dass das von Clinton im Jahre 1996 unterzeichnete Gesetz zur Effektivierung der Todesstrafe eine erneute Anhörung über Shakas Beweise nicht zulasse.

Stoppt die Hinrichtung!

Jetzt hat das Oberste Bundesgericht der USA die Anhörung von Shakas Fall abgelehnt - er sieht sich seinem sechsten (!) Hinrichtungstermin gegenüber. Shaka verweigert jegliche Zusammenarbeit mit den Gefängnisbehörden, er ist oft das Ziel brutaler und rachsüchtiger Bestrafungsmaßnahmen. So besprühten die Knastwärter ihn mit Pfefferspray, um ihn in eine andere Zelle zu treiben, und nahmen ihm seine Schreibmaschine, seine Kleider und Post weg.

Mumia Abu-Jamal schrieb vor kurzem dazu: „Wenn es ein Verbrechen gibt, weswegen das blutige Texas seinen Tod will, dann besteht es darin: Es ist ein Verbrechen in einer rassistischen Nation als schwarzer Jugendlicher ein Bewusstsein zu haben und in politischen und kollektiven Begriffen zu denken." Shaka Sankofa wurde reingelegt und zum Tode verurteilt von einem kriminellen System - einem System, welches jetzt damit droht, eine zu tiefst ungerechte Hinrichtung zu vollstrecken.

In einer Botschaft schreib Shaka Sankofa: „Eine starke Volksbewegung, unterstützt und mobilisiert durch unsere Jugend und StudentInnen, ist die einzige Hoffnung, meine gesetzliche Ermordung zu verhindern und meine Hinrichtung aufzuhalten. Ich lege mein Leben und mein Schicksal nicht in die Hände der Weißen im Obersten Bundesgericht, sondern in die vereinten und starken Hände unserer Jugend und StudentInnen und unserer Schwestern und Brüder und des Volkes. **STOPPT DIE GEWALT - STOPPT DIE HINRICHTUNGEN !"**

Schreibt Protestfaxe, E-Mails an :

GOVERNOR GEORGE W. BUSH JR. OFFICE OF THE GOVERNOR
P.O. BOX 12428
AUSTIN, TX 78711
PHONE: (512) 463-2000 FAX: (512) 463-1849 E-MAIL: www.governor.state.tx.us/email.htm1 <http://www.governor.state.tx.us/email.htm1>

oder/und

BOARD OF PARDONS AND PAROLE GERALD GARRETT, CHAIRMAN PRICE DANIEL,
SR. BUILDING 209 W. 14TH STREET, SUITE 500
AUSTIN, TX 78701
PHONE: (512) 463-1679 FAX: (512) 463-8120

VERHINDERT DIE HINRICHTUNG VON SHAKA SANKOFA !

(SPG)

Ausgewählte Kurzberichte zum internationalen Aktionstag für Mumia Abu-Jamal am 13. Mai

USA: In San Francisco nahmen über 1.000 Menschen am Aktionstag für Mumia teil. Aufgerufen hatten verschiedene linke Parteien und Gruppierungen, Gewerkschaften und TodesstrafengegnerInnen. TeilnehmerInnen einer anderen Demonstration gegen schlechte Arbeitsbedingungen schlossen sich der Demonstration an.

Italien: In vielen Städten Italiens fanden Demonstrationen unter dem Motto für das Leben und die Freiheit von Mumia Abu-Jamal, Leonard Peltier, Silvia Baraldini und anderen politischen Gefangenen in U.S.A und Italien statt. In Florenz folgten mehr als 200 Menschen dem Aufruf. Das US-Konsulat wurde von einem massiven Polizeiaufgebot abgesperrt. Ein Sprecher der



Zu Besuch bei Mumia im April 2000

(Bericht von Jürgen Heiser, der Verleger Mumias Bücher in Deutschland)

Am 18. April 2000 konnte ich zusammen mit meinem zwölfjährigen Sohn, für den Mumia seit frühester Kindheit so vertraut ist wie ein in der Ferne lebender naher Verwandter, für zwei Stunden Mumia Abu-Jamal im Todestrakt des Hochsicherheitsgefängnisses in Waynesburg, Pennsylvania, besuchen. In der Besuchszelle waren wir auf beiden Seiten der Trennscheibe nicht direkt durch Wärter überwacht. Die Gespräche werden selbstverständlich abgehört *Jürgen Heiser, 9. Mai 2000*

In God's own country

„Amerikanischer Anwalt tötete aus Hass fünf Menschen" Pittsburgh (ap) Ein Amokläufer hat im US-Bundesstaat Pennsylvania offenbar aus rassistischen Motiven fünf Angehörige ethnischer Minderheiten erschossen und einen weiteren lebensgefährlich verletzt. Wie die Polizei mitteilte, tötete der 34 Jahre alte Anwalt seine Opfer innerhalb etwa einer Stunde in mehreren Orten in der Umgebung von Pittsburgh. Bei den Toten handele es sich um eine jüdische Frau, einen Schwarzen, zwei Asiaten sowie einen Inder. ... Nach Angaben der Polizei ist der Jurist lettischer Abstammung. ... Polizeidirektor Paul Wolf sprach von einem Verbrechen aus Hass. (Weserkurier, 30. April 2000)

Wenn man vom Brooklyn/NY nach Pittsburgh/Pennsylvania kommt, reist man von der schwarzen Kolonie ins weiße Mutterland. Fällst du im Subway train 2 or 3, der von Brooklyn unter dem Hudson River durch rüber nach Manhattan fährt, auf, weil du zu den wenigen Weißen unter den vielen Schwarzen gehörst, dann fällst du in Pennsylvania auf, je weiter du in den Südwesten kommst, wenn du schwarz bist.

In Greene County, Pennsylvanias äußerstem Zipfel an der Grenze zu Virginia, gibt es noch einen Ort, an dem viele Schwarze konzentriert sind: Das SCI Greene, State Correction Institution of Greene County – in altem Deutsch: das Staatliche Zuchthaus der Grafschaft Greene. Hier, wo die Bergbau- und Stahlindustrie schon vor langer Zeit in sich zusammengefallen ist, haben viele Langzeitarbeitslose wieder Jobs gefunden – als Schließer, Wachbeamte und Verwaltungsangestellte im 1995 seiner Bestimmung übergebenen Hochsicherheitsknast. Die meisten sind weiß, deutlicher Kontrast zur Mehrheit der Gefangenen.

Jun Yasuda, eine 52-jährige Buddhistin, 1978 aus Japan in die USA gezogen, hat im letzten Dezember eine Fastenwache für Mumia und die anderen Gefangenen im Todestrakt vor dem SCI Greene gemacht. Sie sagte: „Warum gibt es hier ein Gefängnis? Vor 500 Jahren gab es hier keins. Es gab nur Native Americans, die in Frieden lebten. Sie hatten Respekt voreinander. Nun haben wir alle Angst voreinander."

Von der Landstraße aus, die früher auch zum Underground Railroad von Harriet Tubman und den anderen gehörte, die die entflohenen schwarzen Sklaven in den sicheren Norden schafften, ist der neue Knast nicht zu sehen. Geduckt liegt er in einer Talsenke, sieht auf den ersten Blick aus wie eine der zahlreichen High Tech Firmen, die überall auf der Welt steuerbegünstigt auf billigem Bauland an den Rändern der Städte und Gemeinden errichtet werden. Von Sicherheitszäunen umgeben sind sie alle – Knäste und Produktionspaläste.

Auch die Eingangshalle könnte noch die Pforte zu einem Konzern sein. Eine modisch gestylte Empfangsdame bedient hinter einer computergestützten Rezeption Telefone, führt Small talks mit Bediensteten, die

---

Koalition gegen die Todesstrafe rief zum Massenprotest gegen die anstehende Hinrichtung von Shaka Sankofa (Gary Graham) am 22. Juni in Texas auf. Zur gleichen Zeit demonstrierten über 10.000 Menschen in Bologna, darunter viele aus Florenz, gegen den Aufmarsch von Neo-Nazis. lista@mumia.malcolmx.it



Bilder von der Aktion in Milan sind zu sehen unter: http://www.jericho-italia.com/mumia/13th-of-may/milano.htm

Spanien: Auch in Spanien gab es in mehreren Städten Demonstrationen. In Barcelona sammelten sich ca. 100 Menschen auf der Plaça de St. Jaume de Barcelona aus Protest gegen die geplante Hinrichtung von Mumia. Auch in Spanien demonstrierten die Rechten. Diesmal aber am gleichen Ort Gerade als sie eine Straßen-Performance mit einem nachgemachten elekrischen Stuhl machten, tauchten die Rechten auf und fingen an zu stören. Nach einer Stunde zogen sie aber weiter. Den ganzen Tag über berichtete Radio Bronka über die Situation von Mumia und veranstaltete abends ein Solidaritätskonzert.

In Valencia machte Radio Klara eine Info-Sendung zu Mumia, in Madrid fand in der Nähe des US-Konsulats eine Free Mumia-Fete statt. Auch in Torrelavega (Cantabria) und in Bilbao u.a. gab es Aktionen.
Colectivo Mumia de Barcelona
galupchi@pangea.org

Malta: In Valetta rief das Movement Graffitti zum Protest vor dem US-Konsulat auf. Die Demonstranten riefen „Free Mumia" und trugen ein großes Transpartent mit „FREE MUMIA – ABOLISH THE DEATH PENALTY". Ein Aktivist verkleidete sich als der Tod. Es gab eine gute Resonanz in der Presse. Die „Sunday Times", die meist verkaute Sonntagszeitung Maltas, berichtete ausführlich darüber.
Moviment Graffiti ovgraff@hotmail.com

Frankreich: In Bordeaux folgten ca. 500 Menschen dem Aufruf des Colectivo Girondin und nahmen an dem Internationalen Aktionstag teil.

Brasilien: In São Paulo, Brasilien, demonstrierten mehr als 150 Menschen und verteilten Hunderte von Flugblätter. Außerdem fanden Aktionen in Guarujá, Ribeirão Preto, Fortaleza und Brasília statt.
m_reboucas@yahoo.com

Deutschland: In *Hamburg* nahmen ca. 400 Menschen an einem vom Solidaritätsbündnis „Free Mumia Abu-Jamal" organisierten Fackelzug von Schanzenviertel durch St. Pauli bis zum Karolinenviertel teil. Die Demonstration stand unter dem Motto „ Light the Dark – Drum for Mumia ! Stoppt die Hinrichtung - Für einen neuen fairen Prozeß - Freiheit für Mumia". Die größtenteils jugendlichen TeilnehmerInnen verbreiteten eine sehr kämperische Stimmung. Es wurden viele Parole gerufen, u.a. „they say death row, we say hell no!".

Mit dem Aufruf „Der plötzliche Tod ist eine deutsche Spezialität!" rief ein breites Bündnis von VVN/BdA Leverkusen, Coordination gegen Bayer-Gefahren, Antifa-, Anarchisten- und Frauen und Lesbengruppen u.v.a. zur Demonstration in *Leverkusen* am 20. Mai für die angemessene Entschädigung von Zwangsarbeitern und die Freiheit von Mumia Abu-Jamal auf. Die Demonstration, an der ungefähr 300 Menschen teilnahmen, ging von der Innenstadt zu den Bayer-Werken und zurück. Es gab Redebeiträge von den organisierenden Gruppen und von Peter Gingold. *(SPG)*



Bild: UZ

emsig und lächelnd ihren Job tun – in God's own country. Amen.

Ein großer hagerer Mann in langem Mantel und mit breitkrempigen Hut kommt in die Halle, während wir auf die Bestätigung warten, dass wir auf der Besucherliste stehen. In meiner Phantasie zieht er seine Blues Harp aus der Manteltasche und beginnt zu spielen. Ich höre die Ketten der Chaingangs rasseln. Tiefe Stimmen beginnen im Rhythmus ihrer Spitzhacken einen rauchigen Blues zu singen...vom Elend des irdischen Daseins... und von „Freedom, freedom, freedom...!" Es geht immer um Freiheit. Das Telefongepiepse und ein gesäuseltes „SCI Greene, can I help you, Sir?" reißt mich aus diesem Tagtraum. Der große Afroamerikaner steht regungslos in der Halle. Er ist hier, um einen anderen Blues zu Ende zu bringen. Er ist gekommen, seinen erwachsenen Sohn abzuholen. Der kommt auch bald aus dem Sicherheitsbereich, einen Pappkarton mit seiner Habe vor dem Bauch, einen Officer im Schlepp. Vater und Sohn fallen sich in die Arme, als wollten sie sich nie wieder loslassen. Wir kriegen alle feuchte Augen. Der Officer versucht zu scherzen: „Good luck. Don't come again!" Don von der Bruderhof Community, ein treuer Besucher und Unterstützer einiger Gefangener im Todestrakt, mit dem wir hergefahren sind, sagt leise: „Diesen Moment haben sie sicher zehn Jahre herbeigesehnt. Oder länger."



In der „glänzenden Hölle"

Endlich dürfen wir rein. Schuhe und Gürtel ausziehen, der Entrance Officer schickt uns durch die elektronische Sicherheitsschleuse. Schuhe und Gürtel wieder anziehen. Dann durch weitere ferngesteuerte Schiebetüren, vorbei an zahllosen Überwachungskameras, in einem endlosen Korridor vom äußeren Mainline-Knast ins Herz der Bestie – den Todestrakt. In einer Zentrale sitzen Wachbeamte hinter Panzerglas und nehmen unseren Laufzettel entgegen. In Besuchsraum 12 steht schon Mumia – groß und strahlend wie eh und je, ein wenig fülliger als vor Jahren, mit Brille und in Handschellen. Er trägt einen grauweißen Overall mit feinen blauen Streifen. Für einen Moment vergessen wir, wo wir sind. Unsere Hände und Fäuste berühren sich durch das kalte Glas der Trennscheibe. Grinsen von einem Ohr bis zum anderen: ONA MOVE! Wir stehen uns gegenüber wie vor einer Sitzreihe in einer Subwaystation. Nach Jahren brieflichen Gedankenaustauschs und regelmäßiger Zusammenarbeit im Kampf um das gemeinsame Ziel sind wir uns vertraut, als hätten wir gerade gestern noch zusammengehockt. Eine Freundschaft, die über den materiellen Dingen steht. Mumia freut sich über meinen Sohn, den er nur von Fotos kennt. „Wie meine Enkel, fünf hab ich schon!" Ob er zu Hause Baseball spiele. „Nee, but table tennis", antwortet mein Sohn freudig. „Das könnten wir hier auch spielen", frotzelt Mumia und zeigt auf die beiden Tische hüben und drüben vor der Trennscheibe. „Müssten nur die Scheibe runterlassen und ein Netz spannen, dann könnte es losgehen!" Und beidhändig spielt Mumia mit den gefesselten Händen den imaginären Schläger. Wenn ich je einen Zweifel gehabt hätte, ob es gut für einen Zwölfjährigen ist, einen Besuch im Todestrakt zu machen, so wäre er nun gegenstandslos. Hier tobt das Leben im Todestrakt.

Ich gebe einige Grüße weiter. Mit 400 jungen und alten Brüdern und Schwestern, mit Babys und Kindern der nahegelegenen Bruderhof Community hatten wir am Vorabend zusammen gegessen und ich hatte ihnen dabei erzählt, wer wir sind und warum wir drei Tage in ihrer Gemeinde wohnen. Sie alle hatten uns Grüße und gute Wünsche mit auf den Weg zu Mumia gegeben. Ich erzähle Mumia, mit wie viel Liebe und Respekt wir auf dem Bruderhof aufgenommen worden sind. Er erzählt, wie er 1995 den ersten Besuch von einem dieser Brüder bekommen hat, wie skeptisch er zunächst war, ob da nicht zum hundertsten Mal salbungsvolle Worte ihn auf sein „schweres Los" und ein „besseres Leben im Himmel" vorbereiten sollen und wie er dann nach und nach festgestellt hat, dass diese radikalen Christen nicht für ein Paradies im Himmel, sondern für eins hier unter den Menschen auf Erden kämpfen. Gerade deshalb betreuen sie so viele Gefangene in den Todestrakten und bieten den Angehörigen von Gefangenen, die meist von weit her anreisen müssen, kostenlose Unterkunft, Verpflegung und Zubringerdienste. Wir reden über die Kinder und Jugendlichen, die einen Children's Crusade zum Knast organisiert haben, die ihn besuchen, ihm zum Geburtstag eine Krone basteln, Bilder malen, ihm schreiben und beim Besuch Lieder mit ihm singen. Mumia strahlt, wenn er über die Kinder spricht. Ich erzähle ihm, dass vor kurzem der Film „Hinter diesen Mauern" im deutschen TV gelaufen ist und dass danach so viele Briefe und Anrufe kamen von Menschen, die von seinem Lebenswillen und Widerstandsgeist angesteckt waren. Erzähle von den ÖTV-KollegInnen in Hannover, die nach dem Film so inspiriert waren, dass sie was tun wollten und auf einer Delegiertenkonferenz am nächsten Tag 2.500 Mark für die Anhörungskosten sammelten. Ich erzähle ihm vom letzten Sammelergebnis, er bittet mich, seinen Dank an alle weiterzugeben, wie immer kämen wir mit den Spendengeldern genau zum richtigen Zeitpunkt, denn die Verteidigung habe gerade immense Ausgaben und da zähle jeder Cent. Wir sprechen über die Gewerkschaften und andere traditionelle Organisationen, die allesamt in der Krise seien und kaum noch Zugang zu den neuen jungen Generationen hätten. Die militanten Demos in Seattle und Washington – letztere hatten gerade am Wochenende vor dem Besuch stattgefunden – und die neue Generation in der Kampagne würden zeigen, dass die Bereitschaft, sich zu bewegen, da sei und dass es nur im internationalen Rahmen und mit internationalistischen Bewusstsein ginge. Hier lägen die Aufgaben der Älteren, Verbindungen herzustellen, historische Anknüpfungspunkte zu finden und mit dafür zu sorgen, dass die aufflammenden Initiativen nicht verpuffen, sagt Mumia.

Was mir seit dem letzten USA-Aufenthalt aufgefallen sei, will er wissen. Ich erzähle von den größeren Massen von Homeless People, den Bettlern in der Subway, den unzähligen schwarzen Frauen und Männern, die als Straßenverkäufer in jeder Straße Manhattans auf der Jagd sind nach ein paar Krumen vom Kuchen der weißen New Yorkians.

„Ja", sagt Mumia, „ich sehe das hier im Knast, wo die Leute dann landen, wenn sie sich nicht mehr legal über Wasser halten können. 2 Millionen Gefangene gibt es in den USA. Ende der 60er Jahre waren es 200.000, und das kam einem schon viel vor. Aber jetzt sind es zehnmal so viele und täglich werden es mehr, die für Lapalien lange Jahre einfahren. Der schwarze Mittelstand ist nur das Feigenblatt, um zu verbergen, wie die meisten Schwarzen, Braunen und Gelben täglich mehr ums nackte Überleben kämpfen müssen. Und die Welfare ist begrenzt, fünf Jahre, dann ist Schluss, egal ob eine Frau allein mit ihren Kindern klarkommen muss." Ich erzähle ihm, dass die Bruderhof Communities immer öfter in die Housing Projects gerufen werden, wo Frauen nichts mehr zu essen haben für ihre Kinder. Die packen dann den Kofferraum voll und bringen die Lebens-

mittel hin. Meist stellen sie dann vor Ort fest, dass es noch mehr Bedürftige gibt, um die sich keiner kümmert. Not überall, auch hier im ländlichen Pennsylvania. Und die Kluft zwischen den Superreichen und der Masse der am ökonomisch am Boden Liegenden wird immer größer.

„Ja“, sagt Mumia, „und denen, die heute dagegen Widerstand leisten wollen, fällt auch nichts Besseres ein, als nur die Parolen der 60er Jahre zu wiederholen. Aber heute ist eine völlig andere Situation, global gesehen, die Herren in den Machtzentren haben diese Situation längst erfasst, aber auf unserer Seite mangelt es an Analyse. Hier liegen heute unsere Aufgaben, damit aus solchen Mobilisierungen wie in Seattle und Washington eine Strategie entwickelt werden kann, ein Programm für eine internationale Bewegung, der es um grundlegende Veränderungen im Verhältnis der Völker und Menschen zueinander geht. Die Medienpolitik in den USA zeigt, wie dringend notwendig schon allein ein unkontrollierter Informations- und Gedankenaustausch ist. In den USA erfährt man nichts darüber, was in der Türkei und in Kurdistan passiert. Und während die exilkubanische Mafia in Miami alle Kanäle mit ihrer von Hass auf Castro getragenen Version des Elián-Kidnapping füllen kann, erfährt kein Mensch in den USA, dass Millionen Kinder in Äthiopien vom Hungertod bedroht sind und tagtäglich sterben. Und das in den Zeiten von Internet und Sonden auf dem Mars!“

„Was machst du denn so den ganzen Tag?“ fragt mein Sohn. „Ich lese, manchmal 10-12 Stunden, schreibe ... und esse viel zu viel!“ Und dann erzählt Mumia, dass er im Januar seine Magisterprüfung in Psychologie gemacht hat. Dafür habe er noch mehr als sonst lesen müssen. Und dann sei die Urkunde über seinen Magistertitel gekommen, ganz offiziell von der California State University. Der Knast habe sie beschlagnahmt als „Konterbande“ und ihn aufgefordert,1 binnen 14-tägiger Frist eine Adresse zu nennen, an die das Papier zu schicken sei, sonst werde sie vernichtet. Er lacht. „Könnt ihr euch das vorstellen? Eine staatliche Urkunde! Die sind völlig nuts!“ Und was haben sie gemacht, als sein Zivilanwalt, der schon eine Klage gewonnen hat, in Pittsburgh Beschwerde einlegte? Ihm das Ding von einem Schließer mit spitzen Fingern übergeben lassen. Motto: „Das darfst du eigentlich nicht haben, aber hier hast du's!“ „Jeden Zentimeter Boden muss man hier verteidigen“, sagt Mumia. „Bis zum letzten Moment. Vor zwei Monaten hat ein junger afroasiatischer Gefangener namens Wilkerson, ein sehr militanter, der trotz seiner 18 Jahre in Texas hingerichtet werden sollte, einem der Schließer beim Festschnallen auf die Pritsche, wo er zu Tode gespritzt werden sollte, triumphierend ins Gesicht gespuckt. Zum Vorschein kam dabei nicht nur Spucke, sondern auch der kleine Schlüssel für seine Handschellen. Daraufhin sind die Leute vom Knast völlig ausgeflippt – wie konnte es nur angehen, dass ein völlig isolierter Gefangener im Todestrakt an seinen Handschellenschlüssel gekommen ist??? Ein Gefangener zudem, der einer besonderen Sicherheitsstufe unterlag, weil es ihm schon einmal gelungen war, aus dem Todestrakt zu fliehen. Er hatte eine Geisel genommen, die er dann wieder unversehrt freiließ. Für den Gefangenen Wilkerson war die Aktion mit dem Schlüssel ein letzter Widerstandsakt, um denen zu zeigen, dass ihr verdammtes System Lücken hat und genauso wie ihre Todesmaschinerie in Vietnam 1975 irgendwann auch völlig den Bach runtergehen wird. Menschen mit Bewusstsein werden immer stärker sein als Maschinerien, die von willfährigen Söldnern am Laufen gehalten werden...“



1. Mai-Demonstration in Hamburg

Wie er denn seine eigene Perspektive jetzt einschätze, frage ich Mumia. Er sagt: „Was in jedem Fall einen Einfluss haben wird, ist der Ausgang der Wahlen im November. Bush ist dumm wie Bohnenstroh, aber ein gefährlicher Kopf-ab-Politiker, hinter dem das Militär, Teile der Wirtschaft und vor allem die CIA stehen. Alleine für die TV-Spots der Vorwahlen konnte er locker 70 Millionen Dollar ausgeben. Und Al Gore ist in der Frage der Todesstrafe nicht viel besser. Er hat mehrere Äußerungen von sich gegeben, mit denen er in dieser Sache weit rechts von Clinton steht.“ Und was hält Mumia von Bundesbezirksrichter Yohn? Der scheine korrekt und integer handeln zu wollen. Aber niemand könne im Moment sagen, welche politischen Kräfte Druck auf ihn ausüben. Die Verteidigung tue alles, um ihn mit der Nase auf das Unrecht des ursprünglichen Verfahrens und Urteils zu stoßen, aber die Einflussmöglichkeiten der Bundesgerichte seien durch die Gesetzesänderungen von 1996 beschnitten. Es sei Grund zur Hoffnung da, aber ein Kampf würde es in jedem Fall und die Öffentlichkeit, vor allem die in Europa, sei wichtig. Der Druck müsse verstärkt werden. Die Brüche in der Front der Todesstrafenbefürworter seien sichtbar. Dieser Prozess müsse verstärkt werden.

Unsere Besuchszeit nähert sich dem Ende. Mumia sagt, dass er immer noch viel Post aus Germany bekäme. Das freue ihn sehr, aber leider könne er nicht alle beantworten. Manchmal käme nur ein Brief pro Woche, manchmal aber auch 20 Sendungen pro Tag. Er habe im Moment keine Restriktionen, seit seinem Sieg in der Zivilsache sei die Knastverwaltung vorsichtiger geworden. Auch seine Veröffentlichungen würden nicht mehr zu Disziplinarstrafen führen. Im Moment jedenfalls.

Mumia gibt uns noch einmal Grüße und Dank für alle in Germany mit auf den Weg. Wir wollen uns umarmen, dabei gibt die Trennscheibe nach, zerbirst in tausend Stücke, die Seitenwände fallen in sich zusammen, entsetzte Schließer laufen aufgeschreckt davon. Der Knast zerfällt und verschwindet Stück für Stück vom Antlitz dieses Planeten. Die Talmulde erhält ihr sattes Grün zurück. Auf den Trümmerresten der Eingangshalle sitzt Don mit den beiden Gefangenen, die er parallel zu uns im Todestrakt besucht hat. Sie reiben sich noch verwundert die Handgelenke, an denen die Handschellen Spuren hinterlassen haben. Von der Rezeption ist nur noch der PC-Bildschirm übrig geblieben und liegt im Gras. Unruhig flackert der Schriftzug ERROR! immer wieder auf. Der Typ im langen Mantel kommt langsam mit seinem Sohn auf uns zu und spielt wieder die Freedom-Melodie auf seiner Blues Harp. Wir reichen uns alle die Hände und gehen langsam in Richtung Landstraße. Irgendwer wird uns schon mitnehmen. Mumia lacht und sagt: „Und wenn ihr das in Deutschland erzählt, was hier gerade passiert ist, dann glaubt euch das kein Schwein, oder?“ „Stimmt genau, das glaubt uns kein Schwein. Aber alle träumen so einen Moment herbei. Jeder Mensch, der noch einigermaßen bei Verstand ist, weiß, dass es für diese glänzenden Höllen nur eine Perspektive gibt! Und wir arbeiten dran...!“

Gericht versucht Mumia-Aktivisten mundtot zu machen

Während der Demonstration vor der Freiheitsglocke (Liberty Bell) in Philadelphia am 3. Juli letzten Jahres wurden fast 100 Menschen wegen zivilen Ungehorsams verhaftet. Die meisten der Verhafteten erklärten sich für schuldig und akzeptierten eine von der Polizei festgelegte Geldstrafe von bis zu $250. 7 Menschen, darunter Clark Kissinger, einer Vollzeit Aktivist für Mumia, und Frances Goldin, Mumias Verlegerin, erklärten sich für unschuldig, akzeptierten keine Geldstrafe und bestanden auf einem Gerichtsprozess.

Bei der Gerichtsverhandlung am 25. Mai dieses Jahres sprach der Richter sie schuldig und verhängte nicht nur eine Geldstrafe von $250 für eine Tat, die Falschparken gleichgestellt ist, sondern auch ein Jahr Bewährung mit Auflagen: Sie müssen den Bewährungshelfer jeden Monat aufsuchen; ihr Einkommen/Ausgaben jeden Monat offen legen; Besuche des Bewährungshelfers bei sich zu Haus und auf der Arbeit dulden; ihre Reisepässe abgeben; den Bereich des zuständigen Bundesgerichts ihres Distrikts nicht verlassen ohne Genehmigung ihres Bewährungshelfers; müssen eine Vollzeitarbeit haben - keine Solidaritätsarbeit; und dürfen keinen Kontakt zu Vorbestraften haben (z.B. Mumia). Die Frau Clark Kissingers muss außerdem ihr Einkommen für die letzten zehn Jahren offen legen und vor einer Bundesanklagekammer (Federal Grand Jury) aussagen - angeblich in anderen Zusammenhängen. Sechs der Angeklagten streben eine Berufung an und haben eine Aussetzung der Strafe beantragt. Der Staat hat schon einen langen Schriftsatz dagegen beim Berufungsrichter eingereicht.

„Als jemand, der verschiedene Einschränkungen in Apartheid Südafrika erleiden musste, u.a. Passabnahme, Reiseverbot, Polizeiuntersuchungen und Gefängnis, bin ich sehr beunruhigt, Apartheid in den Vereinigten Staaten zu erfahren. Dies ist Anlass für vereinten und ständigen Protest, bis diese Verfahren beendet sind", sagte Rechtsanwalt Dennis Brutus.

Hunderte von Menschen haben schon einen „Protest"-Brief an Berufungsrichter Kaufman unterschrieben.

Dieser Brief kann im Internet unterschieben werden:
www.j4mumia.org

(SPG)

Antworten auf generelle Fragen bezüglich der Anhörung von Leonard Peltier vor der Bewährungskommission am 12. Juni

FRAGE: Ich dachte, dass Leonard vor dem Jahr 2008 keine neue Anhörung vor der Bewährungskommission bekommt.

ANTWORT: 1994 lehnte die Bewährungskommission Leonard Peltiers Bewährung ab und setzte für die nächste ausführliche Anhörung das Jahr 2008 fest. Darüber hinaus ist die Kommission aber angehalten, alle zwei Jahre eine sogenannte „Bewährungszwischenanhörung" abzuhalten, um zu prüfen, ob ein Grund dafür vorliegt, die ursprüngliche Entscheidung der Bewährungsablehnung zu revidieren. Dabei kann ein Gefangener vorbringen, dass die ursprüngliche Entscheidung der Kommission auf einem Fehler beruht. Ein Gefangener kann auch „außerordentliche Umstände" vorbringen, wie z.B. ernsthafte gesundheitliche Probleme oder außergewöhnlich positives Verhalten.



Wie können die möglichen Ergebnisse einer solchen Bewährungszwischenanhörung aussehen?

Die Kommission kann 1. an Leonards Haftstrafe festhalten und ihre ursprüngliche Entscheidung aufrecht erhalten, 2. den Termin der nächsten ausführlichen Anhörung auf einen früheren Zeitpunkt verschieben, 3. seine Freilassung bewilligen.

Wie stehen die Chancen? Sieht die Situation gut aus?

Auf der einen Seite sieht die Situation recht gut aus. Zum ersten Mal plant Amnesty International persönlich bei der Anhörung anwesend zu sein. Der Nationale Kirchenrat, die Assembly of First Nations (AFN) und der National Congress of American Indians (NCAI) werden ebenfalls vertreten sein. Über 7.000 Briefe zur Unterstützung von Leonard Peltiers Freilassung wurden gesammelt. Zahlreiche Delegationen haben sich dieses Jahr mit dem Justizministerium getroffen und darauf gedrängt, Leonard Peltier frei zu lassen. Überall nehmen die Aktivitäten zur Unterstützung Leonard zu.

Auf der anderen Seite hat die Bewährungskommission Leonards Fall bisher noch nie fair behandelt. Sie lehnten seine Bewährung ohne jegliche Begründung ab, weit jenseits dessen, was ihre eigenen Richtlinien empfehlen, in dem sie seinen Fall in boshafter und diskriminierender Art und Weise verhandelten.

Der Bewährungskommission, die sich in einem Auflösungsprozess befindet, wurde vom Gesetz her vorgeschrieben, allen nach „den alten Gesetzen verurteilten" Gefangenen einen mutmaßlichen Entlassungstermin zu nennen. Dies hat sie bei Leonard Peltier bis heute nicht getan.

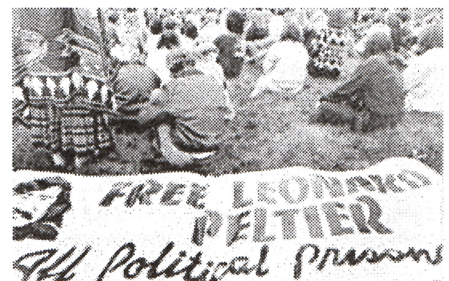
Deswegen wollen wir niemanden irreführen, in dem wir sagen, dass es starke Gründe gibt, optimistisch zu sein. Wie auch immer ist es möglich, dass die Bewährungskommission vorsichtiger in der Art der Behandlung des Falles sein wird, und das kann ein Grund zur Hoffnung sein.

Wann werden wir die Ergebnisse der Anhörung erfahren?

An der Bewährungsanhörung wird ein Bewährungsprüfer teilnehmen. Er wird die Situation einschätzen und dann seine eigene persönliche Empfehlung abgeben.

Natürlich ist die Kommission nicht an die Entscheidung dieses Prüfers gebunden, und es kann noch eine Woche bis zwei Monate dauern, bis sie zu ihrer endgültigen Entscheidung kommt.

1995 dachte der Bewährungsprüfer tatsächlich, dass die Kommission ihre Entscheidung, die Bewährung abzulehnen, überprüft, und er vermerkte den Mangel an Beweisen gegen Leonard, seine außergewöhnlich gute Führung im Gefängnis und einen Einsatz für die Menschenrechte. Nun ja, die Kommission lehnte es aber ab, ihre Entscheidung zu überdenken. Aus diesem Grund ist es für uns ganz wichtig, den Druck auf das Justizministerium nach dem Ende der Anhörung weiter aufrecht zu erhalten. Nähere Einzelheiten dazu gibt es bald zu erfahren. (Wir werden die anfängliche Empfehlung des Bewährungsprüfers sofort nach dem Ende der Anhörung bekanntgeben.) *(SPG)*



H. ‚Rap' Brown verhaftet

H. ‚Rap' Brown ist der ehemalige Vorsitzende des Student Nonviolent Coordination Committee (SNCC), welches in den 60er-Jahren in den Südstaaten der USA Massenkampagnen zur Einschreibung von schwarzen Wahlberechtigten durchführte. Später wurde er Justizminister der Black Panther Party und war Mitglied des Zentralkomitees in der BPP.

Im März diesen Jahres ist er wegen Mord verhaftet worden. Brown, der zum Islam übertrat und den Namen Jamil Abdullah Al-Amin annahm, ist Imam einer Moschee im Westteil der Stadt Atlanta, Georgia, und ein angesehener Geschäftsmann und Vertreter seiner Community. Die Ratsversammlung für amerikanisch-islamische Beziehungen nennt ihn „eine der führenden Persönlichkeiten der muslimischen Gesellschaft".

Am 16. März um 22 Uhr erschienen die beiden Hilfssheriffs, Ricky Kinchen und Aldranon English, vor dem Geschäft des Imams mit einem Haftbefehl. Es gab eine Schießerei, bei der die beiden verletzt wurden. Kinchen erlag am nächsten Tag seinen Schussverletzungen. Einige Zeitungsberichte behaupten, dass die Polizisten einen Mann, der in der Nähe eines Mercedes Benz stand, aufforderten, seine Hände zu zeigen, worauf er auf die Polizisten schoss.

Einem anderen Bericht zufolge saß der Mann im Auto. Imam Al-Amin besitzt keinen Mercedes. Obwohl der verletzte Polizist den Täter ursprünglich nicht identifizieren konnte, wurde eine landesweite Suche nach Imam Al-Amin eingeleitet, u.a. mit Beteiligung von 16 Kopfgeldjägern. Erst am nächsten Tag bestätigte English, dass er Imam Al-Amin auf einem Bild, das ihm im Krankenhaus gezeigt wurde, wiedererkannt hatte. Die Medien indessen berichteten, dass er „Imam Jalil eindeutig identifiziert" hätte.

In der Zeit unmittelbar nach der Schießerei veröffentlichte die Polizei sich ständig ändernde Berichte über den Tathergang. Die einzige Konstante in diesen Berichten war, dass der Täter so schwer verletzt sei, dass er eine wahre „Blutspur" hinter sich ließ. Einigen Berichte zufolge stammte das Blut von Al-Amin, aber nach seiner Verhaftung vier Tage später in Alabama, musste die Polizei zugeben, dass er unverletzt war, und dass diese Blutspur nicht von ihm stammen könne. Außerdem sagte die Polizei, dass der Haftbefehl wegen schwerer Körperverletzung ausgestellt wurde, und dass er vermutlich bewaffnet sei.

Dies nutzen die Medien noch einmal um ihn als einen gefährlichen, gewalttätigen Radikalen darzustellen, und zitierten seine Aussage von vor über 30 Jahren, als er als Aktivist des SNCC sagte, dass „Gewalt genauso amerikanisch wie eine Kirschkuchen ist" (violence is american as cherry pie).

Tatsächlich war der Haftbefehl wegen Nicht-Erscheinens zu einem Gerichtstermin im Januar 2000 ausgestellt. 1999 wurde Al-Amin von Verkehrspolizisten angehalten und verhaftet, weil er keine Autoversicherung vorweisen konnte, und obwohl er einen Kaufvertrag für das Auto vorlegen konnte, wurde er auch noch wegen Hehlerei verhaftet, da das Auto als gestohlen gemeldet war.

Dieser Vorfall ist nur Teil einer Verschwörung der Regierung, erklärte Al-Amin. Während der '60er Jahren wurde er von der Polizei wegen seiner kompromisslosen Unterstützung jedweder Form des schwarzen Protestes ständig schikaniert. Freigegebene Dokumente des FBIs beweisen, dass er jahrelang überwacht wurde, und dass jede Aussage über Gewalt akribisch festgehalten wurde, v.a. wenn diese im Zusammenhang von revolutionärem Widerstand gegen rassistische Herrschaft und Unterdrückung standen.

Die Polizei und das FBI haben ihre Aktivitäten ungebrochen fortgesetzt. 1995 versuchte die Polizei ihm einen Mordversuch anzuhängen. Am 7. August des Jahres wurde er verhaftet, als er seinen siebenjährigen Sohn zur Schule fuhr. Für die außerordentliche Teilnahme von Bundespolizisten (u.a. FBI, eine Antiterroreinheit und die Behörde für Alkohol, Tabak und Waffen) an der Verhaftung gab es nie eine zufriedenstellende Erklärung. Sein Sohn wurde sechs Stunden lang verhört, bevor die Polizei ihn abholen ließ. Das Opfer sagte später aus, dass er den Täter nicht erkannte und von der Polizei unter Druck gesetzt wurde, Al-Amin zu identifizieren.

Es war auch die gleiche Zeit, als die Polizei Atlantas und das FBI eine sogenannte „muslimische Bankräuberbande" verhaftete, die angeblich aus Mitgliedern der Gruppe 5% Nation bestand. Die Polizei versuchte eine Verbindung Al-Amins zu den angeblichen Bankräubern herzustellen und unterstellte ihm, dass er zum „muslimischen bewaffneten Widerstand anstifte". Obwohl er nicht angeklagt wurde, implizierten die Medien seine Schuld.

In ihrer Ausgabe vom 1. April 2000 berichtete die Zeitung Atlanta Journal-Constitution, dass Al-Amin zwischen 1992 und 1997 Ziel von Ermittlungen durch Polizei und FBI war. „Agent Bill Gant, damals ein Mitglied der Antiterroreinheit, übernahm die Leitung im Fall Al-Amin" und versuchte ihn in Verbindung mit jeder Straftat zu bringen, die im Westen Atlantas begangen wurde: „Banküberfälle; Waffendelikte; Herstellung und Besitz von Sprengstoff; Beherbergung von Straftätern ; Überfälle auf Geldtransporter; und den Mord an 14 Drogendealern. Das FBI kaufte Informanten aus der Moschee-Gemeinde, und die Polizei führte ein Dossier über mehr als 100 Menschen, vorwiegend aus der Gemeinde, mit denen er Kontakt hatte. Es ergaben sich aber keinerlei Anhaltspunkte für Straftaten.

Al-Amins Anwälte haben das Gericht aufgefordert, der Staatsanwaltschaft zu verbieten, die Todesstrafe zu fordern und ihr eine Auskunftssperre gegenüber den Medien zu aufzuerlegen. Sein Bruder, Ed Brown, sagt, dass die Polizei und die Medien ein Klima erzeugt haben, in dem es für seinen Bruder schwierig sein wird, ein faires Verfahren zu bekommen.

„Die Medien werden gegen [die Schwarzen] insgesamt eingesetzt ... Die Taktik der Medien ist es, Dich zum Feind des Volkes zu machen. Feinde des Volkes sind immer angreifbar." H. ‚Rap' Brown: Die Nigger Die! (1969)

Weitere Informationen:

http://www.peopleofallah.org – http://www.workers.org – http://www.theMarcusGarveyBBS.com The Pan-African Research and Documentation Center: ac6123@wayne.edu Imam Jamil Al-Amin Legal Defense Fund: ImamJamil@hotmail.com. Ajamu Dillahunt: ardillahunt@igc.org *(SPG)*

Dokumentation: „Freilassung für die politischen Gefangenen aus der RAF"

Eine informative Broschüre der Roten Hilfe e.V. zur Situation der Gefangenen aus der RAF

Bekanntermaßen hat sich die RAF im April 1998 aufgelöst. Dennoch sitzen seit nunmehr 20 Jahren MitgliederInnen der ehemaligen RAF in Haft. In der Broschüre geht es nicht um eine Analyse der Politik und der Aktionen der RAF, sondern darum , dass die immer noch Inhaftierten endlich freigelassen werden müssen. Es geht darum, dass Öffentlichkeit hergestellt wird, um die Gefangenen wieder in das Bewusstsein der Menschen zu bringen.

Die Broschüre ist recht umfangreich; da zum Einen mehrere Gründe für die Freilassung der Gefangenen dargestellt werden und zum Anderen die damalige Zeit etwas ausführlicher beschrieben wird, weil viele Menschen, die heute politisch interessiert und aktiv sind, die Zusammenhänge und die Umstände damals selbst nicht erlebt haben und sich oft kein genaues Bild davon machen können, einfach weil viele damals noch nicht geboren waren. Dem wird unter Anderem durch die Darstellung politischer und sozialer Schlaglichter Rechnung getragen, die die Jahre 1960 bis 1980 zu veranschaulichen.

Des Weiteren enthält die Dokumentation neben den Begründungen für die Freilassung, auch Portraits der Gefangenen und Texte zur Vernichtungshaft, sowie einen ausführlichen geschichtlichen Abriss, der zum Teil mit bisher unveröffentlichten Bildern unterlegt ist. Abgerundet wird die Broschüre durch Dokumente der Gefangenen zur Haftsituation und einer ausführlichen Bibliographie. *dp*

„Freilassung für die politischen Gefangenen aus der RAF": Eine Dokumentation der Roten Hilfe e.V., 68 Seiten, zu beziehen für 5.- Mark (zzgl. Versandkosten) beim Literaturvertrieb der Roten Hilfe e.V., Postfach 6444, D-24125 Kiel.



Interview der Roten Hilfe Hamburg mit Monika Haas

„Bleibt es bei dem Urteil, kann die Verteidigung künftig eingespart werden"

Zweieinhalb Jahre lang saß Monika Haas in U-Haft, zwei Jahre lang stand sie mit dem Vorwurf vor Gericht, sie habe im „deutschen Herbst" Waffen für die Entführung der Lufthansa-Maschine „Landshut" transportiert. Als im November 98 der Prozess gegen sie zuende ging, zweifelte niemand daran, dass das Oberlandesgericht Frankfurt sie verurteilen würde. Während der Hauptverhandlung war deutlich geworden, dass Richter und Bundesanwälte sie der Öffentlichkeit um jeden Preis als „Top-Terroristin" verkaufen wollten und dabei bereit waren, ihre „Beweise" selbst zu machen. Die Süddeutsche Zeitung kommentierte den Prozess und seinen Ausgang so: „In mehr als hundert Verhandlungstagen konnte die Bundesanwaltschaft nichts präsentieren, das nach der deutschen Strafprozessordnung den Namen Beweis verdient ... Nicht ein einziger der vom Gericht vorgetragenen Urteilsgründe wurde in der Hauptverhandlung durch einen unmittelbaren Beweis untermauert. Wenn dieses Urteil Bestand hätte, wäre es eine Schande für den Rechtsstaat."
Im Revisionsverfahren wurde am 11. Februar das Urteil des Oberlandesgerichts bestätigt. Wir haben Monika Haas gefragt, was das bedeutet.

Obwohl der Prozess gegen dich und das Urteil zu fünf Jahren Haft in der breiten Öffentlichkeit überwiegend kritisch aufgenommen worden waren, hat der Bundesgerichtshof deine Revision verworfen. Wie sieht dein Leben im Augenblick aus, welche Konsequenzen hat das Urteil für dich?
Ziemlich bittere. Am 3. Mai habe ich eine erste Teilrechnung der Prozesskosten in Höhe von 180 690,15 Mark von der Bundesanwaltschaft bekommen. Ende März hatte ich einen gerichtlichen Vergleich mit meinem früheren Arbeitgeber, der Uniklinik Frankfurt, geschlossen. Für den Zeitraum nach meiner Haftentlassung und bis zum Arbeitsantritt bei meinem jetzigen Arbeitgeber muss mir die Uniklinik das Gehalt nachzahlen. Nach Abzug der Steuern, Versicherungsbeiträge und der Sozialhilfe, die ich während dieser Zeit bekommen habe, wäre ein Restbetrag geblieben, mit dem ich die durch die Haft aufgelaufenen Schulden bezahlen wollte.

Außerdem habe ich die Rechnung für die Verfassungsbeschwerde bisher noch nicht bezahlen können. Die Gehaltsnachzahlung wurde inzwischen von der Justiz gepfändet. Bleibt es bei der Eintreibung der horrenden Prozesskosten, wird für mich jede berufliche Perspektive tiefgreifend zerstört.

Wie ordnest du das BGH-Urteil politisch und juristisch ein?
Es hat den Anschein, dass die Tragweite dieser Entscheidung von den meisten Menschen, gerade auch seitens der bürgerlichen Presse, bislang nicht erkannt wurde. Nur wenige Zeitungen haben in ihren Kommentaren die Konsequenz dieses Richterspruchs konkret benannt. Sollte es nämlich bei diesem Urteil bleiben, dann könnte künftig bei Strafprozessen die Verteidigung eingespart werden! Der vermeintliche Nachweis meiner Schuld basiert letztlich ausschließlich auf einem anonymen Hintergrundmaterial, dessen reale Existenz für keinen der Prozessbeteiligten manifest wurde. Wir hatten nie die Möglichkeit zu überprüfen, ob es beispielsweise den anonymen „Zeugen" in Wirklichkeit gab. Jeder Staatsanwalt kann sich also künftig bei seiner „Beweisführung" auf anonyme Zeugen vom Hörensagen oder aber auf anonyme Unterlagen berufen, die er dem Gericht nicht mehr zur Überprüfung präsentieren muss. Das ist eine eindeutige Negierung rechtsstaatlicher Prinzipien und gibt der Anklagebehörde die Chance grenzenloser Manipulation in Strafprozessen.

Bei dem Urteilsspruch vom 11. Februar ging es ja nicht nur um den Prozess gegen mich, sondern der Staatsschutzsenat hatte offensichtlich bereits künftige Prozesse im Visier.

Die Karlsruher Entscheidung könnte also von grundlegender Bedeutung für zukünftige Verfahren sein?
Auf jeden Fall. Die Urteilsbegründung des 3. Staatsschutzsenats stützt sich ja nicht auf eine juristischer Argumentation, sondern auf eine politische. „Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus erfordert die Ausschöpfung aller vorhandenen Beweismittel", sagte der Vorsitzende Richter Kutzner bei der mündlichen Urteilsverkündung. Ganz offensichtlich werde ich, und das nicht zum ersten Mal, für die Interessen des Staatsschutzes instrumentalisiert. Die Aktionen der RAF der achtziger Jahre konnten - wie aus der Presse zu entnehmen ist - nie aufgeklärt werden. Wer damals „RAF" war, ist den Ermittlungsbehörden offenbar nicht bekannt. Damit wird sich die Bundesanwaltschaft nicht abfinden wollen. Um diese Akten einmal schließen zu können, müssen die Aktionen personell zugeordnet werden. Das ist mit den üblichen kriminaltechnischen Mitteln aber nicht leistbar.

Eines der wichtigsten Instrumente, um diese Lücke zu schließen, war die Kronzeugenregelung. Diese Möglichkeit ist für die Bundesanwaltschaft nicht mehr verfügbar. Der letzte Tropfen, der das Kronzeugenfass zum Überlaufen brachte, war die Kronzeugin Andrawes in meinem Verfahren. Es ist völlig falsch, wenn immer wieder behauptet wird, Andrawes hätte die Aussage gegen mich widerrufen. Sie hat bei jedem ihrer Kronzeugenauftritte in meinem Verfahren darauf bestanden, „nicht gelogen zu haben". Damit hat sie faktisch ihre Falschaussage, die sie in Oslo gemacht hat, bestätigt. Wir konnten im Verlauf des Prozesses durch eigene Recherche beweisen, dass ihre Behauptung, mich auf Mallorca getroffen zu haben, eine durch die BAW abgepresste Falschaussage war. Damit war sie als Zeugin für das Gericht, und letztlich mit ihr die Kronzeugenregelung, nicht mehr haltbar.

Der Ersatz für die Kronzeugenregelung heißt jetzt: „Zeugen vom Hörensagen!" Das gilt insbesondere für Staatsschutzprozesse, aber nicht nur. Es lässt sich sehr leicht nachweisen, dass früher oder später die Verhandlungs- und Beweisführung dieser Prozesse zum Allgemeingut werden.

Wie sehen die nächsten Schritte für dich aus? Du hast ja immer gesagt, dass du dich mit einem Urteil nicht abfinden wirst.
Wir haben inzwischen Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe eingelegt, denn erst muss der innerstaatliche Rechtsweg ausgeschöpft werden, um den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anrufen zu können. Dabei geht es, wie gesagt, nicht nur um mich. Beweismaterial, welches jeder gerichtlichen Überprüfung entzogen wird, darf es in einem Rechtsstaat ebenso wenig geben, wie die Kronzeugenregelung. Mit solchen Instrumenten ist ein faires Verfahren noch nicht einmal ansatzweise gegeben.

Wie können die Leute dich jetzt unterstützen?
Ein wichtiges Moment ist die Öffentlichkeit. Das „Forum für Monika Haas" richtet zur Zeit eine Website ein (www.Monika-Haas.de), damit eine breite Öffentlichkeit regelmäßig über den aktuellen Stand der Entwicklung informiert werden kann. Leider denken viele Menschen, für mich sei alles gelaufen und es gehe mir inzwischen wieder ganz gut, dem ist aber leider noch nicht so. Dann benötigen wir ganz dringend Geldspenden, um meine Klage beim Europäischen Gerichtshof sicherzustellen. Möglicherweise ist der Hintergrund der finanziellen Strangulation, wie sie derzeit vorangetrieben wird, auch darin zu sehen, dass die Klage vor dem Europäischen Gerichtshof blockiert werden soll.
Das Interview führte die Rote Hilfe Hamburg 23. Mai 00

Keine Sondergesetze für 129a-Häftlinge mehr!

Anlässlich ihres Besuches bei Harald G. in der JVA Düsseldorf erklärt die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion Ulla Jelpke:

Harald G. wurde im Dezember vergangenen Jahres wegen des Verdachtes der Mitgliedschaft in der „terroristischen" Vereinigung „Revolutionäre Zellen" in Haft genommen - einer Gruppe, die sich bereits 1992 aufgelöst hatte. Die gegen ihn sowie mittlerweile vier weitere Beschuldigte gerichteten Haftbefehle beruhen auf den Aussagen eines einzigen Kronzeugen der Anklage und dem §129a StGB.

Obwohl Haralds Familie in Berlin lebt, wurde sein Antrag auf Verlegung aus der JVA Düsseldorf nach Berlin bislang mit den Begründungen abgelehnt, seine Familie könne ihn am Wochenende besuchen und die Reisekosten könnten ja von dem Solidaritätsbündnis übernommen werden. Sich auf ein Bündnis für die Freilassung der Inhaftierten und die Abschaffung des §129 a herauszureden, ist ebenso infam, wie es abstrus ist, auf Wochenenden zu verweisen, an denen in der JVA Düsseldorf keine Besuchszeiten sind.

Eine solche Behandlung ist in keiner Weise nachvollziehbar, zumal die strengen Sonderauflagen in der Zwischenzeit etwas gelockert wurden. So kann sich Harald seit kurzem mit seinen Besuchern ohne Trennscheibe unterhalten, was erfreulich ist. Ärgerlich bleibt allerdings die Unflexibilität der Generalbundesanwaltschaft, die länger zurückliegende Besuchserlaubnisse nicht den aktuellen Gegebenheiten anpasst. Ich war nicht nur genötigt, durch die Trennscheibe mit Harald zu sprechen, sondern musste meinen Besuch auch nach einer halben Stunde abbrechen, obwohl ich eigens dafür aus Berlin angereist war.

Die Sondergesetze für Inhaftierte nach §129a sind ein politisches Relikt, das schnellstens abgeschafft gehört. Dieser Forderung werden wir durch einen Antrag im Deutschen Bundestag Nachdruck verleihen

1. Mai Berlin

Vier Genossen sind immer noch nicht frei

Seit Bestehen der Revolutionären 1.Mai-Demonstration in Berlin gab es im Vorfeld nicht solche Hetze und Repression wie in diesem Jahr. Tage vorher waren Springerpresse und bürgerliche Medien voll mit Artikeln über den 1. Mai, wie gewalttätig er doch dieses Jahr sein würde, die von Tag zu Tag zunahmen und eine Eskalation hinaufbeschworen.

Das nach außen hin von der Polizei propagierte Deeskalationskonzept war für viele Linke der blanke Hohne. Sie bekamen Einschüchterungsbriefe und Hausbesuche, in denen sie aufgefordert wurde, sich am 1. Mai friedlich zu verhalten, und ihnen mitgeteilt wurde, dass sie unter besonderer Beobachtung stehen.

Das Büro der Antifaschistischen Aktion Berlin, ein linkes Wohnprojekt sowie mehrere Privatwohnungen wurden durchsucht.

Berlin befand sich im Belagerungszustand, fast 7000 B. waren im Einsatz, 1200 mehr als 1999. Eine antifaschistische Demonstration in Berlin Hellersdorf wurde verboten, währenddessen über 1000 Neonazis eine Kundgebung veranstalten konnten. 190 AntifaschistInnen wurden in und auf dem Weg nach Hellersdorf festgenommen.

Massivste Auflagen gab es für die 18-Uhr-Demo, wie z.B. die geplante Route durch Berlin Mitte, die verboten wurde, die Ausrichtung und Lautstärke der Anlage, keinerlei Seitentransparente ...

Die Lautsprecherwagen des unabhängigen Blocks, das Leittranspi sowie etliche andere Sachen wurden beschlagnahmt.

Begleitet wurde die 18-Uhr-Demo von einem massiven B.spalier, welches auf Demonstranten einprügelte und provozierte. Die Abschlusskundgebung konnte nicht mehr durchgeführt werden, weil die B. die Demospitze vom Rest der Demo abtrennten und zu ihren üblichen Prügelorgien ansetzten. Bilanz von uns:

- 401 Festnahmen und 873 freiheitsbeschränkende Maßnamen
- 29 Haftfehle, davon 18 Haftverschonung
- 11 Genossen in U-Haft
- 7 innerhalb der nächsten 2-4 Wochen entlassen
- 4 Genossen sitzen weiterhin in U-Haft



Reaktionen der Herrschenden

Innensenator Werthebach (CDU) fordert:

- Verschärfung des Demonstrationsrechtes, d.h. „Demonstrationen, bei denen das Ansehen der BRD im Ausland geschädigt wird, sollten verboten werden"
- Verlängerung des Unterbindungsgewahrsams auf 4 Tage

Roland Gewalt, Innenpolitischer Sprecher der CDU, fordert:

- andere Bundesländer sollen Möglichkeiten der Vorbeugehaft bei „Krawalltouristen" prüfen und besser nutzen

Lorenz, Innenpolitischer Sprecher der SPD, fordert:

- präventive Festnahmen polizeibekannter Autonomer

Schönberg, Vorsitzender Berliner GdP (Gewerkschaft der Polizei) fordert:

- elektronische Fußfesseln für relevante Personen an besagtem Datum

Nach dem 1. Mai entwickelte sich eine Soligruppe, welche eine Knastdemo mit 250 Teilnehmern und mehrere kleinere spontane Aktionen organisierte.

Clemens, der am 1. Mai von Zivib. Festgenommen und schwer misshandelt wurde, ist seit dem 22. Mai frei. Gegen eine Kaution von 30.000 DM und der Auflage, sich dreimal wöchentlich zu melden, konnte er seine U-Haft beenden.

Solidarische Grüße von der Soligruppe „Freiheit für Cle"

Soliparty für Clemens
Freitag, 14.7.00
Rote Flora, Hamburg

Thomas Meyer Falk

JVA untersagt Briefkontakt

Was bereits durch diverse Briefkontakte mit GenossInnen und Gefangenen durchgesickert war, wurde Anfang Mai amtlich bestätigt: die Leitung der Justizvollzugsanstalt (JVA) Bruchsal untersagt den Briefkontakt zwischen dem inhaftierten Redskin Thomas Meyer-Falk und Anarchist Black Cross Innsbruck. Diese Entscheidung repräsentiert somit den einstweiligen Höhepunkt der Repressionen der letzten Monate gegen Thomas. Aus dem unten abgedruckten Schreiben ist ersichtlich, dass die Solidaritätsarbeit von ABC Innsbruck für Thomas der JVA-Leitung ein Dorn im Auge ist. Der linksradikale Widerstand und die Solidarität mit politischen Gefangenen soll gestoppt werden. Während rechtsradikale Gefangene sogar bis in ihre Zellen faschistische Schriften zugeschickt kriegen, sind AktivistInnen aus dem linksradikalen Widerstand schwerster Überwachung ausgesetzt. Darüber hinaus zielt die Anstaltsleitung darauf ab die politische Einstellung von Thomas zu eliminieren, und seinen klassenkämpferischen Geist in Apathie

und Stumpfsinn zu verwandeln. Bis jetzt ist ihnen dies, trotz massivster Versuche in keiner Weise gelungen. (...) Nachfolgend der Abdruck des Briefes vom Anstaltsleiter Ruder an ABC Innsbruck vom 8. Mai 2000:

„Untersagung des Schriftwechsels mit dem Strafgefangenen Thomas Meyer-Falk

*Sehr geehrter Herr ***,*

nach § 28 Abs. 2 des Strafvollzugsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland kann der Anstaltsleiter den Schriftwechsel mit bestimmten Personen untersagen, wenn erstens die Sicherheit oder Ordnung der Anstalt gefährdet würde und zweitens bei Personen, die nicht Angehörige des Gefangenen im Sinne des Strafgesetzbuches der Bundesrepublik Deutschland sind, zu befürchten ist, dass der Schriftwechsel einen schädlichen Einfluss auf den Gefangenen haben oder seine Eingliederung behindern würde. Aus der Überwachung des Schriftwechsels ist hier bekannt geworden, dass Sie ein führendes Mitglied einer Organisation sind, in deren Namen Mitglieder aus Frankreich im Dezember 1999 dort in Zusammenhang mit Protestaktionen gegen die Haftbedingungen des Strafgefangenen Straftaten verübt haben . Des Weiteren liegen hier Erkenntnisse vor, dass Sie im Zusammenwirken mit dem Strafgefangenen im August 2000 einen weiteren Aktionstag planen. Ein weiteres Untätigbleiben der Anstalt hätte nach hiesigem Dafürhalten eine Gefährdung der Sicherheit und Ordnung der Anstalt zu Folge. Darüber hinaus hat der Schriftwechsel mit Ihnen einen schädlichen Einfluss auf den Strafgefangenen, weil dieser dadurch in seiner vollzugsfeindliche Haltung weiterhin bestärkt würde. Daher wird der Schriftwechsel gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1 und 2 StVollzG der Bundesrepublik Deutschland untersagt. Die betreffende Postkarte an den Gefangenen ist beigefügt.

Unterzeichnet Ruder (Anstaltsleiter)"

Thomas Haftbedingungen sind nach wie vor unmenschlich und unerträglich. Als Thomas Mitte Mai 2000 vom einem Rechtsanwalt besucht wurde, welcher der Vereinigung „Arbeitskreis kritischer Strafvollzug" angehört, bezeichnete dieser Thomas Haftsituation als unwürdig und folterähnlich. Protestschreiben sind also nach wie vor an folgende Adressen erwünscht: Petitionsausschuss des Landtages, Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart, Deutschland, Fax: ++0711-2063540 Justizvollzugsanstalt Bruchsal, Schönbornstr. 32, 76646 Bruchsal, Deutschland, Fax: ++-07251-788299 Justizminister Professor Groll, Schillerplatz 4, 70173 Stuttgart, Deutschland, Fax: ++-0711-2792264

Thomas Meyer-Falk
JVA Bruchsal Zelle 3117 Schönbornstr. 32
76646 Bruchsal Deutschland

GERECHTIGKEIT FÜR THOMAS MEYER-FALK!

SCHLUß MIT DER STAATLICHEN UNTERDRÜCKUNG!

Anarchist Black Cross Innsbruck: LOM Postlagernd 6024 Innsbruck Austria - e-mail: abcibk@h

Bericht über die Verhandlung in Paris am 24. Mai 2000 vor der Chambre d'Accusation über den Auslieferungsantrag des spanischen Staates gegen Petra Elser

Petra Elser befindet sich seit Dezember 1996 im Gefängnis Fresnes bei Paris. Ihr wird u.a. Unterstützung der baskischen Organisation ETA vorgeworfen. Petra Elser hat stets diese und alle anderen Vorwürfe bestritten. Der Haftbefehl gegen Petra Elser wurde im Sommer 1999 aufgehoben, da wegen der ihr vorgeworfenen Delikte in Frankreich ohnehin nur mit einer geringen Strafe zu rechnen war. Normalerweise müsste sich Petra seitdem in Freiheit befinden - wenn die spanischen Behörden nicht mehrere Auslieferungsanträge gestellt hätten, wegen denen sie weiter festgehalten wurde. Im Februar diesen Jahres wurde sie nach 39 Monaten Haft in Frankreich zu einer Strafe von 30 Monaten verurteilt. Sie befindet sich jedoch weiterhin in Fresnes in Auslieferungshaft.

Die Verhandlung bestand - nach eher kurzer Einführung des Staatsanwaltes - fast ausschließlich aus dem dreivierstündigen Plädoyer der Anwältin von Petra Elser, Frau Irène Terrel.

Sie beantragt, die Auslieferung sowohl nach französischem als auch nach internationalem Recht abzulehnen. Für den Fall, dass die Auslieferung nicht abgelehnt wird, fordert sie, als zusätzliches ècomplement die Akten über die Aussage beizuziehen, die Mikel Azurmendi im März 1998 vor dem Ermittlungsrichter in Madrid gemacht hat. Der ganze Auslieferungsantrag stützt sich auf eine Aussage, die Mikel Azurmendi - nach schweren Misshandlungen - nach seiner Verhaftung bei der Guardia Civil gemacht hat, bevor er dem Richter vorgeführt wurde. Bei der Vernehmung durch den Richter hat er dann ausgesagt, dass er Petra Elser nicht kennt. Normalerweise heben Aussagen vor einem Richter Aussagen vor der Polizei auf. Außerdem weist die Anwältin darauf hin, dass die vorliegende Aussage von Mikel Azurmendi in keiner Weise ausreicht, Petra Elser wegen 19 Mordversuchen anzuklagen. Dies wäre mit französischem Recht nicht vereinbar. Als Beispiel erwähnt sie das Urteil im Fall von Nagore Mugica Alvarez, in dem dasselbe Gericht 1997 festgestellt hat, dass allein die Tatsache, Mitglied eines Kommandos gewesen zu sein, kein ausreichender Beweis für die Teilnahme an Aktionen ist. Die spanischen Behörden wurden damals aufgefordert, genaue Beweise vorzulegen, und da sie dazu nicht in der Lage waren, wurde die Auslieferung abgelehnt. (Azurmendi hatte lediglich ausgesagt, dass Petra Elser zum Kommando gehört hätte, nicht aber, dass sie an der fraglichen Aktion beteiligt gewesen sei.) Weiter geht die Anwältin auf die Ungenauigkeiten in der Aussage von Ázurmendi ein. Er sagt z.B., dass die fragliche Aktion im Februar 1994 in der Straße Virgen del Puerto stattgefunden hätte, während sie laut Anklage im Januar 1994 im Paseo de la Ermita del Santo stattgefunden hat. Außerdem sagt er aus, dass Petra Elser zu dem Zeitpunkt, als er nach Madrid kam, in Deutschland gewesen sei, was eine direkte Tatbeteiligung ihrerseits unmöglich macht. Als weiteres Beispiel dafür, dass die Aussage von Mikel Azurmendi nicht gegen Petra Elser verwendet werden darf, erwähnt sie den Fall eines Italieners, bei dem das zuständige Gericht in Lyon 1987 einen Auslieferungsantrag abgelehnt hat, „da die Belastung durch einen Mitangeklagten nur dann als Beweis angesehen werden kann, wenn sie unter Eid gemacht wurde". Selbst die Staatsanwaltschaft in Madrid hat in ihrer Anklageschrift festgestellt, dass Azurmendi die Aussage, sie hätten einen Sprengsatz hergestellt, nie vor einem Richter bestätigt hat. Dies geht auch aus dem Vernehmungsprotokoll von Mikel Azurmendi vor dem Richter vom 25.3.1998 hervor, das dem Gericht als Beweis vorgelegt wird. Schließlich weist die Anwältin noch mal auf die Antifolterkonvention hin, auf die Menschenrechtssituation in Spanien, den Fall von Josu Arkauz, die Berichte von Amnesty International und Antifolterkomitee CPT. Über die Misshandlungen, mit denen von Mikel Azurmendi Aussagen erzwungen wurden, gibt es ein ärztliches Attest, in dem der Zustand von Azurmendi bei seiner Ankunft im Gefängnis festgehalten ist. Die Anwältin fordert, sämtliche existierenden ärztlichen Unterlagen über den Zustand von Azurmendi nach der Polizeihaft ebenfalls als ècomplement zu diesem Verfahren beizuziehen.

Eine kurze Diskussion mit dem Gericht gab es lediglich über die Frage, ob Mikel Azurmendi erst vor dem Ermittlungsrichter den Beistand eines Rechtsanwaltes hatte (wie die Anwältin Terrel gesagt hatte) oder schon bei der Vernehmung durch die Guardia Civil (dieser Meinung ist das Gericht, da in dem Vernehmungsprotokoll der Guardia Civil offensichtlich ein Pflichtverteidiger erwähnt ist). Ansonsten hat sich das Gericht noch nicht weiter zu dem Fall geäußert. Als Termin für die Entscheidung wurde der 21. Juni 2000 festgelegt.

Solidaritätskomitee Petra Elser

Breite Mobilisierung gegen Militärparade in Barcelona!

Am 27. Mai 2000 wurde angesichts der Feierlichkeiten zum „Tag der Streitkräfte" erstmals seit dem Einmarsch der Faschisten 1939 in Barcelona eine Militärparade abgehalten. Anwesend waren neben dem König, als oberstem Befehlshaber des Heeres, Jordi Pujol, Ministerpräsident der Landesregierung Kataloniens, und zwei Abgeordnete des katalanischen Parlaments.(...)

Diese Militärparade ist unter vielen Aspekten eine Provokation, gegen die breiter Protest und Widerstand entwickelt wurde. In faschistischer Tradition wollten die Streitkräfte wie beim Einmarsch nach dem Krieg von 1936-1939 die Avinguda Diagonal abschreiten. Ein breiter Protest konnte diese vorgesehene Marschroute verhindern, und die Parade wurde daraufhin an einer weniger brisanten und zugänglichen, aber ebenso traditionsreichen Ort verlagert, den Montijiuc (Hügel an der Küste Barcelonas, von wo aus die Bourbonen im 18. Jahrhundert die Bevölkerung Kataloniens kontrollierten). Dort ist nach wie vor eine der zentralen Kasernen Barcelonas angesiedelt und hier wurden nach den antiklerikalen und antiautoritären Aufständen der *setmana tragica* im Jahr 1909 die angeblichen Rädelsführer, u.a. der anarchist und Pädagoge Ferrer i Guardia, hingerichtet.

Protest und Widerstand konnten den Militäraufmarsch zwar nicht vollständig verhindern, aber die breiten Mobilisierungen dagegen stellen einen politischen Erfolg dar. Es wurde einmal mehr der Charakter der in Katalonien regierenden konservativ-nationalistischen CiU deutlich, die sich auf einem eigens deswegen abgehaltenen Kongress gegen den Militäraufmarsch aussprach, da er in faschistischer Tradition stehe. Dort wurde es als Schande bezeichnet, dass die Armee des spanischen Staates in Katalonien paradiere. Diese Kritik verkam zur Farce, als Jordi Pujol die Landesregierung an der Seite der PP-Minister repräsentierte. Die Doppelbödigkeit dieser Politik ist auch durch die Unterstützung belegt, die die CiU der PP-Staatsregierung gibt.

Jenseits dieser Scheinkritik bildeten sich zwei Plattformen, die Protest und Widerstand organisierten. Einerseits die *Plattform für den Frieden*, bestehend aus 200 Gruppen, Organisationen und Parteien, vorwiegend aus dem Friedens- und linksliberalen, bürgerlichen Parteienspektrum, an dem sich aber auch autonome Gruppen und Teile der revolutionären Unabhängigkeitsbewegung beteiligten. Des Weiteren hatte sich die *Koordination gegen die Militärparade,* hauptsächlich aus Teilen des revolutionären Unabhängigkeitsspektrums, gegründet.

Die *Plattform für den Frieden* organisierte neben einer Einheitsdemo am 20.5.00, an dem ca. 8000 Leute teilnahmen, in der Woche vor der Militärparade ein Camp auf der Placa Espanya, einem zentrale Platz Barcelonas in Mintjiuc-Nähe, an dem fünf Straßen aufeinandertreffen. Dort gab es verschiedene Diskussionsforen, Filmvorführungen, Volksküche und ein kulturelles Programm. An den vier Tagen des Zeltcamps beteiligten sich ca. 2000 Leute an den Aktivitäten. Trotz der Zusage, dass das Camp nicht geräumt würde, wurde es am Tag der Militärparade um 6.00 Uhr morgens brutal von B. angegriffen. Die Zelte wurden plattgemacht, die Leute eingekreist und brutal zusammengeknüppelt, von einigen wurden die Personalien festgestellt und sie wurden z.B. in B.-reviere gebacht, jedoch bald wieder freigelassen. Danach gelang es den TeilnehmerInnen des Camps, sich im zentralen Bahnhof Barcelonas zu versammeln. Auf dem dort abgehaltenen Plenum wurde über weiteres Vorgehen diskutiert sowie eine Presseerklärung abgegeben, die über Radio und Fernsehen weite Verbreitung fand.

Die Plattform hatte zeitgleich zum Beginn der Militärparade um 12.00 Uhr ein Festival organisiert. Dort gab es neben Redebeiträgen bekannter Persönlichkeiten aus der progressiven katalanischen Unabhängigkeitsbewegung Konzerte mit Lluis Llac, einer Symbolfigur für den künstlerischen Protest gegen die Diktatur unter Franco, und neueren politischen Rock- und Hiphopgruppen. Insgesamt kamen ca. 50.000 Leute zu diesem Festival.

Die *Koordination gegen die Militärparade* organisierte ebenfalls diverse Demos, an denen jeweils um die 2000 Leute teilnahmen. Am Tag der Militärparade wurde ein Volksfrühstück mit ca. 500 Leuten gemacht. Danach versuchten ca. 300 Leute zur Placa Espanya durchzukommen, wurden jedoch von den B. aufgehalten. Diese griffen die DemonstrantInnen mit Tränengas, Plastikgeschossen und Salzpatronen an (diese platzen beim Auftreffen auf die Haut, das Salz dringt in die Wunde und verursacht ein starkes Brennen). Während der Auseinandersetzungen wurden Steine gegen die B. geworden, Barrikaden gebaut und in Brand gesetzt. Ein Resultat sind 10 Festnahmen und mehrere verletzte DemonstrantInnen, darunter eine Person, die stationär behandelt werden musste, und eine weitere, der der Arm gebrochen wurde. Die Festgenommenen wurden am nächsten Morgen freigelassen, vor den Kommissariaten hatten sich etliche Leute versammelt und forderten ihre Freilassung.

Die Militärparade selbst konnte ohne Zwischenfälle abgehalten werden. Im Vorfeld und am Tag der Parade herrschte in Barcelona, ganz im Stile einer Besatzung, ein nicht deklarierter Ausnahmezustand. Aktive Leute aus der linken Bewegung wurden ohne Angabe von Grünen von Zivilb. Kontrolliert und observiert. Jegliche Bewegung, die nicht im Rahmen des geduldeten Protestes (Festival) war, wurde platt zu machen versucht. Dennoch sind die Aktivitäten als Erfolg zu bewerten. Trotz unterschiedlichster Motive und Herangehensweisen konnte ein breit getragener Minimalkonsens gegen die Militärparade geschaffen, organisiert und praktisch, durchgesetzt werden.

Protest und Widerstand richteten sich von Seiten pazifistischer Gruppen gegen die Armee als solche, bis hin zu autonomen und independentisme-Gruppen, die die imperialistische Kriegspolitik der Nato und die spanische Armee als Beatzungsmacht angriffen.

Benjamí Ramos Vega, Internationalist und Mitglied des baskischen Gefangenenkollektivs, der in der Nähe von Barcelona inhaftiert ist, weigerte sich in der Woche vom 22.-27.5.00, seine Zelle zu verlassen. Aus Solidarität mit dem seit dem 1.1.99 andauernden unbefristeten Kettenhungerstreik der baskischen Gefangenen für ihre Verlegung nach Euskal Herria, für die Freilassung der kranken und 2/3-Gefangenen sowie aus Protest gegen die Militärparade führte er diese Aktion durch. Am 27.5.00, dem Tag der Militärparade, ging er zudem für einen Tag in den Hungerstreik und weigerte sich, zum Besuchstermin die Zelle zu verlassen. In seiner Erklärung schreibt er: „Mit dem HS protestiere ich gegen die Militärparade der spanischen Streitkräfte in Barcelona, die eine Zurschaustellung der Überheblichkeit von Besatzungskräften ist und ein neues Zeugnis fehlenden Respekts gegenüber dem Willen der Völker: Auch Katalonien sagte (in einer offiziellen Volksabstimmung - d. Übers.) Nein zur NATO, und die (spanische) Armee nahm vor kurzem innerhalb der NATO daran teil, die Zivilbevölkerung (im Krieg auf dem Balkan) zu bombardieren und die Umwelt zu verseuchen."

Es ist kein Zufall, dass nach dem Wahlsieg der konservativen PP, die im März 2000 die absolute Mehrheit erhalten hatte, Barcelona für die Militärparade ausgesucht wurde. Mit dieser bis ins bürgerlich-katalanische Lager als Provokation titulierten Initiative setzte die PP-Regierung ein Signal dafür, dass sie keinerlei Zugeständnisse bezüglich weitergehender Autonomie- oder Unabhängigkeitsbestrebungen machen würde. Katalonien war dafür der geeignete Ort, da die Verhältnisse und Widersprüche ähnlich wie in Euskal Herria („Baskenland") gelagert, jedoch die revolutionäre Bewegung nicht so weit entwickelt ist. Mit dieser Militärparade wurde eine klare Botschaft auch an das baskische Volk gerichtet, dass die Armee die Einheit des Staates gegen Autonomiebestrebungen verteidigen wird. Zuvor hatte der spanische Kriegsminister Serra angesichts der „nationalistischen Gefahr" bekundet, dass die Streitkräfte zum Erhalt der territorialen Einheit dann einschreiten würden, wenn es eine Bewegung gäbe, die Spanien einen Teil ihres Territoriums entreißen wolle. Die Aufrechterhaltung der territorialen Integrität Spaniens ist als wichtige Aufgabe der Streitkräfte ein wesentliches Identifikationsmoment des von Serra beschworenen „Spanischtums", gleichzusetzen mit spanischem Nationalismus und Chauvinismus.Der breite Widerstand sowie die Erfahrungen aus den gemeinsamen Aktionen und Kämpfen haben jedoch gezeigt, dass die imperialistische Kriegspolitik nach außen und die Besatzungspolitik nach innen nicht unbeantwortet bleiben.

C.I.I.S., Barcelona, 2. Juni
(aus Platzgründen gekürzt)



Belgien

Fehriye Erdal wurde immer noch nicht freigelassen

Am 26. Mai gab die belgische Regierung bekannt, dass Fehriye Erdal nicht an die Türkei ausgeliefert wird. Im Anschluss auf die Ministerratssitzung in Brüssel, erklärte der belgische Justizminister Marc Verwilghen im Zusammenhang mit der Auslieferung gegenüber Journalisten, dass Fehriye Erdal in der Türkei nicht wegen Mordes, sondern in einem politischen Prozess angeklagt wird, weshalb sie auch nicht ausgeliefert werden könne. Somit war das legale Hindernis für die Freilassung aufgehoben. Jedoch, soll Fehriye Erdal trotz Urteil des Innenministers Alain Duquesne vom 29. Mai, nach dem sie gegen einen festen Wohnsitz freigelassen worden wäre, unter dem Vorwand, dass die Partei-Front, deren Mitglied sie ist, die öffentliche und innere Sicherheit Belgiens bedrohe, infolge eines weiteren Urteils von 31. Mai solange im Gefängnis von Brugge inhaftiert bleiben, bis ihr Asylantrag anerkannt wird.

Während Mittwoch, den 31. Mai 2000, die Freilassung von Fehriye Erdal erwartet wurde, kündigte der belgische Rechtsanwalt von Sabanci*, Fernand Schmitz, bei einer von ihm am selben Tag in Brüssel veranstalteten Pressekonferenz, an der ausschließlich Vertreter der bürgerlichen türkischen Presse, sowie Kontra-Journalisten beteiligt waren, an, dass er gegen das Urteil der belgischen Regierung Einspruch erheben und zuerst vor den Oberverwaltungsgerichtshof und dann vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gehen werde.

Wie immer, spielen auch die gleichgeschalteten Medien in der Türkei eine entscheidende Rolle dabei, Druck auf die belgische Regierung auszuüben. Schlagzeilen oder Aussagen wie „Schade, der Sieg wird der Mörderin gehören", „der Fleck auf der Stirn Belgiens" oder „Der Staat, der Terroristen schützt", waren die letzten Tage fast täglich zu lesen.

Nicht zuletzt wird der türkische Justizminister Hikmet Sami Türk in den nächsten Tagen nach Belgien reisen, um zu „versuchen, die belgische Regierung zu überzeugen".

Informationsbüro Brüssel

* Sabanci war ein einflussreicher Industrieller, der am 9.1.1996 von einem Kommando der DHKP-C erschossen wurde,

Todesurteile gegen sechs Menschen in der Türkei

Am Mittwoch, den 31. Mai, verurteilte das Staatssicherheitsgericht in Izmir gegen sechs Mitglieder der DHKP-C (Revolutionäre Volksbefreiungs-Parteifront) wegen "Mordes" und versuchten Umsturzes zum Tod durch den Strang.

(nach FR, 2.6.00)

Peru

Hungerstreik der Angehörigen politischer Gefangenen der MRTA

Schweden: Hungerstreik der im Exil lebenden Angehörigen seit dem 15.5.

Mütter als Solidarität mit ihren gefangenen Kinder im Hungerstreik

Am 11.5. begannen die Mütter der zu lebenslänglich verurteilten gefangenen Führer der MRTA einen Hungerstreik aus Solidarität mit ihren gefangenen Kindern, die ebenfalls seit dem 1.5. im Hungerstreik sind. Die Mutter von Victor Polay, Otilia Campos, sagte, dass „die Situation unerträglich ist und sie keine andere Wahl haben". Sie denunzierte die Haftbedingungen der Gefangenen, die seit 8 Jahren in grabähnlichen Zellen unter menschenunwürdigen Bedingungen festgehalten werden.

Angefangen wurde der Hungerstreik von Otilia Campos und Nila Rincon Flores, die die Mutter von Miguel Rincon ist, auch ein Führer der MRTA. Die Protestaktion findet im Saal des Sitzes der „Volksverteidigung" statt. Die angehörigen von Peter Cardenas Shulte schließen sich ihnen an. Peter Cardenas Shulte ist das dritte Mitglied der Führung der MRTA und beteiligt sich an dem am 1. Mai begonnenen Hungerstreik. Im vergangenen Oktober hatten die Gefangenen die gleichen Forderungen gestellt.

Otilia Campos fordert die Intervention der „Verteidigung des Volkes" und des Roten Kreuzes. Diese hatten zugesagt, dass sie die Gefangenen in Caballos (Marinestützpunkt) besuchen und sich nach ihrem physischen und psychischen Zustand erkundigen werden.

Die drei Führer der MRTA befinden sich in ständiger Isolationshaft in einem Gefängnis, das 8 Meter unter der Erde ist. Sie leiden unter der Repression durch die Regierung, weil sie sich weigerten, einen „Friedensvertrag" zu unterzeichnen, wie es die Führer des Sendero Luminoso getan hatten.#1977 sprach sich eine UN-Unterabteilung für die Einhaltung der Menschenrechte dafür aus, dass Victor Polay einen neuen Prozess bekommt oder, wenn ihm der verweigert wird, er unverzüglich freizulassen ist. Er interamerikanisch Gerichtshof für Menschenrechte kritisierte in einem Urteil letztes Jahr die antidemokratischen Institutionen der Fujimori-Diktatur, die mehr als 7000 Peruaner wegen sog. terroristischer Verbrechen und wegen Landesverrat verurteilt haben unter Verletzung von internationalen Verträgen und internationalem Recht. Z.B. begingen sie einen besonderen juristischen Fehltritt, indem sie 5 Ausländer (einen aus den US, einen aus Panama und 5 aus Chile) wegen Landesverrat verurteilten.

Man muss daran erinnern, dass die Haftbedingungen zur Besetzung der japanischen Botschaft in Lima im Dezember 96 führten. Nach dem blutigen Ende der Aktion haben sich die Haftbedingungen der Führer der MRTA nicht verbessert. Sie sind quasi Geiseln der Fujimori-Diktatur.

An die Öffentlichkeit und die internationale Solidarität

Das im Exil lebende Komitee der Angehörigen der politischen Gefangenen in Peru wendet sich an die Öffentlichkeit, um die Entscheidung unserer gefangenen Angehörigen aus der MRTA (im Marinestützpunkt in Caballo) bekannt zu geben, ab dem 1.5. erneut in einen HS zu treten. Unsre Angehörigen Victor Polay C., Peter Cardenes Shulte und Miguel Rincon sahen sich gezwungen, erneut zu dem Mittel des Hungerstreiks zu greifen (das erste Mal wurde der Hungerstreik nach ca. einem Monat abgebrochen, nachdem es Zusagen gab, die Rechte der Gefangenen zu berücksichtigen. Doch die Zusagen wurden nicht eingehalten.)

Die Forderungen sind:

1.Endgültige Schließung des unterirdischen Gefängnisses auf dem Marinestützpunkt in Caballo

2. Schluss mit der permanenten Isolationshaft, unter der die Gefangenen schon 8 Jahre leiden

3. Anerkennung als politische Gefangene (und dementsprechende Behandlung)

•

Briefe für die Solidarität mit palästinensischen politischen Gefangenen!

Freitag, 28.Mai 2000

Liebe FreundInnen,

heute ist der 25.Tag des Hungerstreiks, der von palästinensischen Gefangenen in israelischen Knästen durchgeführt wird. Der Streik wurde am 30. April 2000 von den Gefangenen in Einzelhaft in den Knästen in Beer Asabe, Asqalan und Ramia ausgerufen. Am nächsten Tag schlossen sich die Gefangenen des Haredim-Gefängnisses dem Streik an um gegen die zerstörerischen Bedingungen zu protestieren. Am 13.Mai schlossen sich Gefangene aus weiteren israelischen Knästen dem Hungerstreik an.

Seit Anfang Mai sind die Auseinandersetzungen zwischen den palästinensischen politischen Gefangenen und den israelischen Gefängnisbehörden eskaliert. Am 14.Mai brachten die politischen palästinensischen Gefangenen des Meggido Detention Zentrums ihre Solidarität mit anderen israelischen Gefängnissen, welche sich im Hungerstreik befinden, mit einer Demonstration zum Ausdruck.

Bei Auseinandersetzungen mit den Knastsicherheitskräften wurden dabei über 100 der Megiddo-Gefangenen verletzt und bekamen später keine ausreichende medizinische Versorgung ihrer Verletzungen. Inzwischen ist fast ein Monat vergangen, dass der Hungerstreik der Gefangenen anfänglich aus Protest gegen ihre fortdauernde Inhaftierung und die untragbaren Haftbedingungen begann.

Die Gefangenen, die sich fast nur Flüssigkeit ernähren, haben ab Juni angekündigt, dass sie nur noch Wasser aufnehmen werden, wenn sich bis dahin ihre Situation nicht verbessert hat. Die Gesundheit der Hungerstreikenden verschlechtert sich kontinuierlich. Mehrere Dutzend Gefangene sind bereits in Behandlung wegen Atemproblemen, Schwächeanfällen, schweren krampfartigen Brechanfällen, niedrigem Blutdruck und Kopfschmerzen.-

Wie sind ihre Bedingungen?

Entgegen den betrügerischen Geheimverhandlungen und den zahlreichen unterzeichneten politischen Abkommen zwischen Israel und den palästinensischen Autonomiebehörden befinden sich nach wie vor über 2.200 palästinensische politische Gefangene und Kriegsgefangene in israelischen Gefängnissen (Quelle: ADAMEER). Diese Gefangenen leben unter furchtbaren immer schlechter werdenden Gesundheitsbedingungen, das Recht auf Besuche - auch durch von ihren Familienangehörige - wird ihnen verweigert, hinzu kommen Einzelhaft und in vielen Fällen Folter.

Die Behandlung der palästinensischen politischen Gefangenen durch die israelischen Besatzungsbehörden verstößt gegen die internationalen Vereinbarungen und Menschenrechte. Nach Artikel 18 der 4.Genfer Konvention sind die palästinensischen politischen Gefangenen Kriegsgefangene, und Israel muss den internationalen Vereinbarungen nachkommen und die Gefangenen freilassen anstatt sie als politisches Geiseln zu missbrauchen.

Obwohl der Kampf der palästinensischen politischen Gefangenen von Anfang an immer mit dem Freiheits- und Gerechtigkeitskampf in Palästina verbunden war, muss die Gewalt und der Missbrauch durch die israelische Besatzungsbehörden jetzt noch mal stärker mit dem Kampf für die Freiheit und die Rückkehr nach Palästina konfrontiert werden.

Das Festhalten und die Gefangenschaft von PalästinenserInnen aus den besetzten Gebieten in Palästina in Folter- und Internierungslagern jenseits der Grünen Linie verstößt gegen den Artikel 76 der 4.Genfer Konvention. Darüber hinaus verstößt die Administrativhaft von PalästinenserInnen über längere Zeit nicht nur grob gegen die Bestimmung des Artikel 78 sondern auch gegen Artikel 49 der 4.Genfer Konvention. Der nun mehr vier Wochen andauernde Hungerstreik der palästinensischen Gefangenen verlangt unsere sofortige Aufmerksamkeit und aktive Solidarität.

Was sind die Forderungen?

Die Gefangenen, auch die kranken, haben erklärt, ihren Hungerstreik so lange fortzusetzen, bis sie entweder freigelassen werden oder sterben. Die Gefangenen haben viele Forderungen, aber die Hauptforderung ist, dass alle palästinensischen und arabischen Gefangenen freigelassen werden. Zusätzlich wird gefordert, die Einzelhaft aufzuheben, Besuche ihrer Angehörigen zu genehmigen, und für die kranken Gefangenen eine sofortige und ausreichende medizinische Versorgung, außerdem ein Ende der fortwährenden Folter bei Verhören.

Was Ihr tun könnt?

In diesen Tagen der betrügerischen Geheimgespräche und fortwährenden Gewalt durch die israelischen Besatzungskräfte brauchen die palästinensischen, politischen Gefangenen unsere Solidarität mehr als je zuvor.

Im Zuge der Besetzung nimmt die internationale Öffentlichkeit die Tatsache als gegeben hin, dass mehr als 2.200 palästinensische politische Gefangene unter unmenschlichen Bedingungen in israelischen Folter- und Internierungslagern festgehalten werden. Aus diesem Grund werden die Menschenrechtsverstöße gegen PalästinenserInnen in Gerichten und Gefängnissen bisher nicht zentral beachtet durch diejenigen, welche noch an eine gerechte Welt glauben.

Bitte schickt Solidaritätsbriefe an die palästinensischen Gefangenen, die ihre Freiheit geopfert haben für den Kampf um Selbstbestimmung, Rückkehr und Menschenwürde. Unterstützt diejenigen, welche gegen die andauernde Besatzung und die Vertreibung von palästinensischen Menschen aktiv Widerstand leisten.

Solidaritätsbriefe können geschickt werden an :

ADDAMEER - Gefangenenunterstützungs- und Menschenrechtsvereinigung
addameer@planet.edu
ADDAMEER sorgt dafür, dass die Briefe an die Gefangenen und ihre Angehörigen weitergeleitet werden
Bitte mailt an: prisoners@mail.com

Mit solidarischen Grüßen

Ali Abunimah
Sawsan Abdulrahim
Zahi Damuni
Arjan El Fassed

Übersetzung: SPG

Österreich

Polizeigewalt eskaliert: 3 Tote in wenigen Wochen

In der Nacht zum 20.5. wurde wieder ein Mann, der von der Polizei der Weitergabe von Drogen beschuldigt wurde, getötet. Imre B. wurde im Zuge einer Amtshandlung von zwei Kriminalbeamten attackiert und von einem der beiden Angreifer durch seine Autotür hindurch erschossen. Imre war unbewaffnet und er führte auch keinerlei Drogen mit sich. Nach Richard Ibekwe und Ludomir X. handelte es sich bei Imre B. bereits um das dritte Todesopfer durch Polizeigewalt innerhalb weniger Wochen. Auffällig ist, dass in sämtlichen Todesfällen anschließend von der Polizei und den bürgerlichen Medien behauptet wurde, bei den Toten handele es sich um Drogendealer, um so die Tötungen im Nachhinein doch noch zu „legitimieren".

Etwa 100 Menschen reagierten noch am 20.5. spontan und versammelten sich am Ballhausplatz zu einer Demonstration gegen Polizeigewalt. Die Demonstration wurde jedoch bereits nach kurzer Zeit von in der Nähe lauernden Polizeitruppen angegriffen. Es gelang ihr trotzdem, bis zum Innenministerium durchzukommen, dort wurde sie allerdings aufgehalten, eingekesselt und abermals angegriffen. 24 Menschen wurden stundenlang eingekesselt, beschimpft, bedroht, geschlagen und anschließend zur Identitätsfeststellung und zur erkennungsdienstlichen Behandlung abgeführt. Zwei DemonstrantInnen mussten sich anschließend in ärztliche Behandlung begeben. Den 24 Festgenommenen wurde Widerstand gegen die Staatsgewalt, Teilnahme an einer illegalen Versammlung, Erregung öffentlichen Ärgernisses sowie Lärmerregung vorgeworden, sie wurden angezeigt.

Quelle: www.linkeseite.de

Forderungen erfüllt

Rainer Dittrich hat seinen Hungerstreik am 31. Mai beendet



Nach Informationen seines Rechtsanwaltes hat die Reha-Behandlung, die aufgrund einer Wirbelsäulen-Operation zwingend notwendig ist, wieder begonnen. Rainer war nach dem Abbruch der sowieso schon ungenügenden medizinischen Versorgung am 2. Mai in den unbefristeten Hungerstreik gegangen (siehe AI 233). Mit seinem Hungerstreik kämpfte er gegen die Ignoranz und Unmenschlichkeit von Knastleitung und der Grünen Justizministerin Anne Lütkes. Wir werden aufmerksam beobachten, ob die Justiz sich an die gemachten Zusagen hält. – Mangelhafte medizinische Versorgung und Nicht-Behandlung von Gefangenen ist die in den BRD-Knästen übliche Praxis.

hallo ihr lieben,

unser gemeinsamer Kampf hatte erfolg.

am Mittag des heutigen dienstags, 30. 5., wurde dem RA hier im Knast von den verantwortlichen hier zugesichert, dass die Forderungen vom 2.5.2000 in vollem umfang erfüllt werden.

damit ist das Kampfziel erreicht.

der Hungerstreik und der Durststreik wird abgebrochen.

nach am gleichen Nachmittag heute wurde die Versorgung mit den so dringend notwendigen Medikamenten wieder aufgenommen.

ebenso am heutigen frühen Abend brachte mich die „Sicherheit" in das vorbereitete bad und ich konnte erstmals wieder nach vielen Wochen ein heißes Wannenbad nehmen.

die Fango-Behandlung wurde wie gefordert ebenfalls zugesichert.

am Donneerstag, 1. 6. 2000, beginnt die Physiotherapie nach Maßgaben der mich bisher behandelnden Therapeutin.

am montags, 5. 6. 2000, ist vorgesehen, mich aufgrund der Empfehlungen der Vertrauensärzte der Uni-Klinik Lübeck dort stationär zu untersuchen / zu behandeln, um eine neue Grundlage zu schaffen, auf der dann eine weitere Behandlung / medizinische Versorgung stattfinden muss.

erlaubt mir an dieser stelle ein paar Bemerkungen :

niemals würde ich diesen Kampferfolg jetzt melden können, wäre da nicht die massive und in der art und weise der Durchführung lange nicht mehr gekannte solidarische und kämpferische Unteerstützung durch euch alle dort draußen und auch aus den Knästen, ihr lieben.

ich kann euch im Augenblick das starke Gefühl gar nicht so richtig beschreiben, das mich angesichts dieser umstände beherrscht.

ich danke euch allen sehr für diese langanhaltende und kämpferische Unterstützung.

so, wie es in 1995 die demonstrierenden und kämpfenden Menschen waren, die mich aus der lange Jahre anhaltenden totalen Isolationshaft herausgeholt haben und einen politischen Pflock haben einschlagen können, der da lautete :

jetzt ist Schluss! ,

so waren es in diesem aktuellen Kampf **eure** sehr starken Untersthützungen und euer ausüben des sehr starken drucks auf die politisch und juristisch verantwortlichen, die es im Ergebnis möglich machten, dass wir gemeinsam jetzt vor dem erfolg dieses Kampfes stehen.

das Ergebnis dieses Kampfes jetzt vermittelt uns allen zweierlei :

zum einen belegt es in kaum zu übertreffender Eindeutigkeit, dass unsere Sache **nichts**, aber auch **gar nichts** von ihrer in ihr liegenden stärke verloren hat, - auch wenn es angesichts der so vielen niederlagen in der letzten zeit danach ausgesehen haben mag und so manche von uns an der eigenen kraft und den eigenen Möglichkeiten zu zweifeln begannen.

und zum anderen **widerlegt** gerade das Ergebnis und der verlauf dieses Kampfes jetzt klar und deutlich die sich immer mehr verbreitende Ansicht einiger von uns, dass aus den Kerkerzellen des Imperialismus heraus eine „Orientierung nach draußen" im sinne einer Orientierung **nach rückwärts** und weg vom revolutionären ziel der Umwälzung bestehender menschenverachtender Verhältnisse hin zu gerechteren gesellschaftlichen Verhältnissen herausgebildet haben würde.

du siehst also, lieber Ivan, (ich spreche dich jetzt ganz direkt an), du interpretierst Christians Erklärung aus 95 nicht an den tatsächlichen zusammenhängen.

dann noch ein Wort zu den Anwältinnen und deren MitarbeiterInnen in diesen so entscheidenden kämpfen, ihr lieben :

es zeigt sich hier, dass wir die arbeit der uns vertretenen Anwältinnen und den MitarbeiterInnen in einer sehr viel deutlicheren art würdigen sollten und ich tue dies hier mit großer Freude und von herzen.

zu oft gingen wir von Selbstverständlichkeiten im Zusammenhang mit diesem Thema aus und wurden dem so wichtigen und schwerwiegenden unterstützen nicht immer und in ausreichendem Maße gerecht.

mir liegt sehr viel daran, stellvertretend für alle, hier Sigrid zu nennen, Anja, Matthias, Michael und natürlich Johannes, der in einer nur als herausragend zu bezeichnenden art und weise unermüdlich an meiner Seite gestanden hat.

gerade sein steter rat war mir sehr wichtig.

am Schluss das mir wertvollste an Erkenntnis aus diesem zurückliegenden Kampf, ihr lieben :

wenn wir es **jetzt und ohne Bruch** schaffen, eine Überleitung zu gestalten von diesem Kampf um die Gesundheit und das leben **eines einzelnen Gefangenen** zum ununterbrochenen Aneinanderreihen vom kämpfen, Aktionen, Mobilisierungen, starken Demonstrationen unseres gemeinsamen willens, die noch immer gefangenen GenossInnen aus der RAF endlich aus den Kerkern zu holen, dann würde uns einer der größten siege der letzten zeit gelingen.

ich meine hier den sieg nicht nur über den unverändert bestehenden willen der regierenden der BRD, unsere gefangenen GenossInnen über den weg der Vernichtungshaft zu zerstören, sondern den sieg über unsere politische und materielle Blockade innerhalb der eigenen politischen zusammenhänge.

stellen wir jetzt und ohne Bruch den Kampf unter die Losung :

die 6 müssen raus! jetzt!

mit dem erfolg in diesen zurückliegenden Wochen ist untrennbar verknüpft eine Verpflichtung.

und diese Verpflichtung für uns alle besteht darin, dafür zu sorgen, dass die noch gefangengehaltenen GenossInnen aus der RAF freigelassen werden.

es gibt keine ruhe bis die 6 draußen sind.

von hier ganz liebe grüße an euch alle und ne feste Umarmung dazu.

schaut nicht zurück.
achtet auf festen stand.
schlagt die feinde stark
-
achtet auf das
feuer
in euch
und
als licht.

Lübeck, 30. 5. 2000

Das **Angehörigen Info** erscheint vierwöchentlich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m. b. H., Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg. V.i.S.d.P. : Christiane Schneider. **Redaktionsanschrift u. Bestellungen :** GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 HH, Tel.: (040)43188820, Fax : (040) 43188821, email: gnn-hhsh@otelo-online.de **Herausgeber :** Angehörige und FreundInnen politischer Gefangener in der BRD, Postfach 1205, 55002 Mainz, Fax: (0 61 31) 60 42 32. – Einzelpreis : 3,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 27,00 DM (Förderabonnement 30,00 DM), Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei Bestellung ab 3 Stück 30 % Rabatt, ab 50 Stück das Heft zu 1,90 DM. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf das folgende Verlagskonto : Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Konto-Nr. 1269/122 311. Herstellung und Drucklegung : GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m.b.H. **Eigentumsvorbehalt:** Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken. **Spendenkonto der Angehörigen:** Sonderkonto Kiener, Landesbank Baden-Württemberg, BLZ 600 501 01, Konto-Nr. 54 54 19 4. ***Redaktionsschluss für Nr. 235: So, 2.7.00***